Nr. 9 • Oktober 2011

standpunkte

Zeitschrift der Studierenden der Volkswirtschaftslehre an der WU

Backe, Backe Kuchen

Die Ökonomie hat gerufen - Rezepte zur Zukunft

4 ÖKONOMETRISCHE MODELLSPEZIFIKATION UND POSITIVISTISCHE SPARSAMKEIT ...

Michael Hausers Gastartikel betrachtet Prognosen aus ökonometrischer Sicht am Beispiel der Geldnachfrage der Vereinigten Staaten und der großen Rezession

26 „... DANN GEHEN SIE ZU EINER EMOTIONELLEN GRÖSSE“

Im Interview gibt WIFO-Chef Karl Aiginger fundierte Einblicke. „Der Fehler jeder Entscheidung wird sicher kleiner, wenn Sie Prognosen mit einbeziehen“

12 URBANITÄT 2031

Julia Warmuth beschreibt die Großstadt der Zukunft und die Herausforderungen der Urbanisierung, des Bevölkerungswachstums und des Klimawandels

inhalt editorial

DIE STV BERICHTET

3 **Mastervertretung für Volkswirtschaftsstudierende gesichert!**
Dominik Bernhofer, Valerie Bösch und Romana Brait

PROGNOSEN

4 **Ökonometrische Modellspezifikation und positivistische Sparsamkeit**
Gastartikel von a.o. Univ.-Prof. Dr. Michael Hauser

8 **„... dann gehen Sie zu einer emotionellen Größe"**
Interview mit Prof. Dr. Karl Aiginger
von Ernest Aigner und Nicole Gruber

ZURÜCK AUS 2031

10 **Als StudentInnen und SeniorInnen auf die Straße gingen**
von David Ifkovits

12 **Urbanität 2031**
von Julia Warmuth

14 **Unser demokratisches, ökologisches und soziales Europa**
von Anita Klambauer

16 **Wie Maynard sich die Zukunft dachte...**
von Florentin Glötzl

18 **Would Adam Smith have been a hacker?**
von Aurélien Fichet de Clairfontaine

20 **The Spirit Level – Why Equality is Better for Everyone***
Buchvorstellung von Susanna Ulinski

KOMMENTAR

22 **Der (Un)sinn von Prognosen**
von Philipp Lentner

WER UNTERRICHTET DICH?

23 **Interview mit a.o.Univ.-Prof. Dr. Ruth Simsa**
von Christoph Steininger und Nadine Zehetbauer

24 **VERANSTALTUNGSKALENDER**

IMPRESSUM: Ausgabe Nr. 9, Oktober 2011
HERAUSGEBERIN: Studienvertretung VWL WU
CHEFINNENREDAKTION: Ernest Aigner, Florian Bohinc und Julia Janke | **REDAKTION DIESER AUSGABE:** Dominik Bernhofer, Valerie Bösch, Romana Brait, Aurélien Fichet de Clairfontaine, Florentin Glötzl, David Ifkovits, Anita Klambauer, Philipp Lentner, Christoph Steininger, Susanna Ulinski, Julia Warmuth, Nadine Zehetbauer, Nicole Gruber, Michael Hauser | **LAYOUT:** Ernest Aigner und Florian Bohinc

Liebe Kollegin,
lieber Kollege,

mit ein wenig Verspätung hältst du nun also die Sommerausgabe der Standpunkte in Händen. Wie immer haben alle Mitwirkenden keine Mühe gescheut, sich die Finger wundrecherchiert oder -gelayoutet und teilweise sogar (Zeit-)Reisen unternommen, um einen besonders interessanten Standpunkt einzunehmen:

Die Zeitmaschine der Ökonomie hebt ab und katapultiert Autoren und Autorinnen in das Jahr 2031. Im Rückblick auf die vergangenen 20 Jahre beschreiben sie die Wandlungen, Fortschritte aber auch die politischen Schwierigkeiten und zeichnen ein Bild von der Welt der Zukunft und ihren Antworten auf bereits heute brennende Fragen. Doch auch die daheim im Heute Gebliebenen sind nicht untätig vor dem Fernseher gesessen (um auf das Gestern zu blicken) und so ist es gelungen, eine sehr vielfältige Ausgabe der Standpunkte rund um eine der offiziellen Stärken der Ökonomie zusammenzutragen: ihre Prognosefähigkeit.

Das methodologische Grundgerüst der Ökonomie besteht aus einer sich immer wieder verändernden Zusammensetzung aus statistischen Konzepten und ökonomischen Theorien, aufbauend auf sozialwissenschaftlichen und mathematischen Fundamenten. Ist die beste Prognose die Fortsetzung meiner Erfahrungswerte von gestern, ein Trend mit einem zufälligen Rauschen? Im statistischen Gedankenkonstrukt der Modelle wirft Michael Hauser interessante Fragen zum Trade-Off zwischen Prognosequalität und einer möglichst sparsamen Auswahl von Modellvariablen auf und problematisiert diese im Kontext der Rezession.

Selbst schreiben statt vorschreiben lassen!
Die nächste Redaktionssitzung findet am 24.10. um 19 Uhr im Seminarraum 5.48 (D) statt. Wir freuen uns auf viele neue Ideen und Artikel! Wenn du Lust hast an den Standpunkten mitzuwirken schicke ein E-Mail an standpunkte.zeitung@gmail.com oder komm einfach vorbei! Nähere Informationen unter www.vwl-wu.at (Rubrik Standpunkte)

Hinter statistischen Methoden und Modellen stehen jedoch ökonomische Theorien, deren Annahmen sich auf bestimmte Menschenbilder beziehen. Inwiefern können wir mit einem veränderten Menschenbild für eine Langzeitprognose rechnen? Wie wird das urbane Zusammenleben der zukünftigen Gesellschaft aussehen? Wie kann man einen Fiskalhaushalt als gesellschaftliches und ökonomisches Konzept verstehen und nachhaltig gestalten? Wie werden sich die Wirtschaftstrukturen einer Gesellschaft des Jahres 2031 verändert haben? Wird es andere Formen des Wirtschaftens geben – beispielsweise forciert durch Kooperation und Austausch von Informationen?

Selbst gestalten! Selbst Layouten!
Eine Zeitung braucht nicht nur SchreiberInnen. Wir suchen noch eine Person, die uns beim Layout unterstützt. Wenn du Lust hast die Artikel in einen schönen Rahmen zu setzen, schau auf der Redaktionssitzung vorbei oder lass es uns per Mail wissen!

Wir wünschen viel Spaß beim Sinnieren und natürlich bei der Lektüre der Standpunkte.

Alles Liebe!

Ernest, Jule und Flo für die Redaktion

die StV berichtet

Mastervertretung für Volkswirtschaftsstudierende gesichert!

Wir erinnern uns: 2 Monate vor den ÖH-Wahlen schaffte die ÖH-WU mit den Stimmen der Aktionsgemeinschaft die Studienvertretung Volkswirtschaft Master – aus parteipolitischen Gründen – ab. Die Folge war eine einschneidende Schwächung aller Studienvertretungen (StV) im Master. 10 verschiedene Masterprogramme wurden zu nur einer Studienvertretung zusammengelegt. Die Studierenden aus Volkswirtschaft und Sozioökonomie protestierten. Über 1000 Unterschriften für den Erhalt der StV wurden in nur wenigen Tagen gesammelt, ein Flashmob und unzähligen E-Mails hätten die ÖH-WU noch umstimmen sollen. Gesprächsangebote seitens der Studienvertretung VW, aber auch Protestbriefe der Departments Volkswirtschaft und Sozioökonomie wurden ignoriert.

Aktive Studienvertretungsarbeit lässt sich jedoch nicht so leicht unterbinden: Schnell fanden sich auch aus anderen Masterprogrammen engagierte Unterstützer_innen für diese Idee und ein Team bestehend aus Julia Bachtrögler, Florian Beck, Rita Bergmann, Paul Ehrlich und Matthias Kollin kandidierte bei den ÖH-Wahlen für die gemeinsame Mastervertretung. Die Masterstudierenden honorierten ihr Engagement und wählten das gesamte Team in die Mastervertretung. Somit wird es weiterhin eine Studienvertretung für die Volkswirtschaftsstudierenden an der WU geben, die sich aktiv für eure Interessen einsetzt. Die Tradition, dass Volkswirtschafts-Studierende aus dem Bachelor-, Master- und Diplomstudienplan die Studienvertretung mitgestalten können wird natürlich fortgesetzt. Es bleibt also fast alles beim alten.

Weiterhin wird mehrmals im Semester ein Plenum stattfinden, bei dem du dich in die Arbeit der Studienvertretung einbringen kannst (siehe Termine auf der letzten Seite). Dort hast du die Möglichkeit, an Projekten wie der Selbstorganisierten LV (SOLV), den monatlichen Diskussionsveranstaltungen oder bei der Organisation von Spezialisierungsmessen mitzuarbeiten. Natürlich werden auch die Standpunkte weiterhin bestehen, bei deren Gestaltung du dich in den Redaktionssitzungen einbringen kannst. Im kommenden Semester werden wieder etliche Veranstaltungen stattfinden. Wir informieren dich rechtzeitig Anfang Oktober über die genauen Termine. Genauere und aktuelle Infos zu uns und den kommenden Projekten und Veranstaltungen findest du auf: www.vwl-wu.at und auf www.mastervertretung.at

Als jetziges Team der Studienvertretung VW möchten wir uns an dieser Stelle von euch verabschieden. Wir bedanken uns herzlich bei allen Unterstützern und Unterstützerinnen, deren Engagement die Enttäuschung über die StV-Abschaffung mehr als nur kompensiert hat. Die Arbeit in der Studienvertretung hat uns große Freude bereitet.

Wir wünschen dem neuen Team der Mastervertretung – Julia, Florian, Rita, Paul und Matthias – alles Gute für die kommenden 2 Jahre!

Alles Liebe,
Dominik, Valerie, Romana für die Studienvertretung Volkswirtschaft

Aktivitäten der Studienvertretung

Statistik-Kurse

Die StV VW hat im vergangenen Semester Einführungskurse in R und E-Views mit namhaften ExpertInnen von WU und Wifo organisiert. Die Kurse sollen dauerhaft in das Enrichment-Programm der WU aufgenommen werden. Die Verhandlungen laufen noch, wir halten euch auf dem Laufenden.

„Die BRIC Staaten – Emerging Markets als neue Konjunkturlokomotive“

Podiumsdiskussion mit Regina Prehofer (BAWAG) und Stephan Schulmeister (WIFO)
Aus der Diskussion um die Erholung der Weltwirtschaft sind sie längst nicht mehr wegzudenken: die BRIC-Staaten. Verfügen Brasilien, Russland, Indien und China bereits über die nötige wirtschaftliche Kraft um das schwache Wachstum in den alten Industrienationen wettzumachen oder steuern sie mit voller Kraft auf die nächste Blase zu? Dazu gab es im Mai eine Diskussionsveranstaltung mit Stephan Schulmeister (WIFO), Alejandro Cunat (Uni Wien), Regina Prehofer (BAWAG), Bernhard Leubolt (Uni Wien).

„Ökologie in der Ökonomie“

Diskussion mit Clive Spash und Sigrid Stagl
Im März haben wir uns bei der ersten monatlichen Diskussionsveranstaltung dieses Sommersemesters mit dem Thema Ökologie und Ökonomie beschäftigt. Clive Spash und Sigrid Stagl, zwei Expert_innen auf diesem Gebiet boten einen Überblick über Geschichte und Problemfelder der Ökologischen Ökonomie.

Heuriger im Schweizerhaus

Ende Mai fand der allseits beliebte Heurige der Studienvertretung statt – dieses Mal im Schweizerhaus. Studierende aus dem VW-Bachelor, Master und Diplom konnten sich einen Abend lang in gemütlicher Atmosphäre austauschen und vernetzen.

VW-Party

Gefeiert wurde außerdem wieder gemeinsam mit der StV VWL Uni Wien. Bereits zum zweiten Mal fand am Uni Campus (Altes AKH) eine Party – diesmal unter dem Mottto „Wie beschissen ist deine VWL-Party? Tanzen ist der einzige Weg zu Besserung!“ – für alle VW-Studierenden statt.

Spezialisierungsmesse Bachelor

Auch am Ende des Sommersemesters haben wir die Bachelorstudierenden über die Möglichkeiten zur Spezialisierung informiert. Deshalb fand am 20.6. die bereits 3. Spezialisierungsmesse statt, auf der die Spezialisierungslehrveranstaltungen für den VW-Bachelor von den jeweiligen Professor_innen vorgestellt wurden. Die nächste ist bereits in Planung.

SOLV – Selbstorganisierte Lehrveranstaltung

In den vergangenen drei Semestern haben wir gemeinsam mit der Studienvertretung Volkswirtschaft an der Uni Wien eine selbstorganisierte Lehrveranstaltung ins Leben gerufen. Diese soll das Fehlen von Inhalten wie etwa heterodoxen Theorien im Studienplan ein wenig kompensieren sowie eine interdisziplinäre Herangehensweise an die Volkswirtschaftslehre fördern. In diesem Wintersemester findet wieder eine SOLV statt. Nähere Infos unter www.vwl-wu.at oder www.univie.ac.at/strv-vwl/selbstorganisierte-lehrveranstaltung/

Ökonometrische Modellspezifikation und positivistische Sparsamkeit

am Beispiel der Geldnachfrage der Vereinigten Staaten und der großen Rezession

Die empirische Mainstream-Makroökonomie ist seit zwei Jahren heftiger Kritik ausgesetzt. Der beanstandete Mangel an Prognosequalität wird auf den Vorzug von offenbar zu sparsam parametrisierten Modellen zurückgeführt. Gastartikel von **Prof. Dr. Michael Hauser**

Am 5.11.2008, als die „große Rezession" mit der Lehman-Pleite und staatlichen Rettungspaketen ihren Anfang nahm, fragte Her Majesty the Queen anlässlich der Eröffnung des New Academic Building der London School of Economics: „If these things were so large, how come everyone missed them?"

Aus der Sicht der Ökonometrie, die auf einem wohldefinierten mathematisch-statistischen Apparat beruht, ist die Antwort relativ einfach: Das ist ein Problem von Fehlspezifikation, ein Problem fehlender Variablen im Modell, eventuell eine falsche funktionale Form, oder ein Strukturbruch. Dazu kann ein/eine ÖkonometerIn – allerdings nur retrospektiv – Tests oder geeignete Transformationen anbieten. Wir werden unter anderem der Frage nachgehen, ob es schon vorher Anzeichen auf Fehlspezifikationen gegeben hat. Die Frage wird mit ja beantwortet.

Im ersten Teil wird kurz beschrieben, in welcher Form die Ökonometrie bei der Spezifikation eines Regressionsmodells und dem Testen von Hypothesen behilflich sein kann. Die Sparsamkeit des positivistischen Forschungsprojekts wird dem gegenübergestellt. Der zweite Teil beginnt mit einer Auswahl aktueller, ökonomischer Antworten auf die eingangs gestellte Frage, die auf einige potenziell fehlende Variablen hinweisen. Dieser Teil untergliedert sich nach den Aufgaben der Makroökonometrie in die Modellierung individueller Entscheidungen und aggregierter Realisationen, deren empirischer Überprüfung am Beispiel der U.S.-Geldnachfrage und in die Prognose am Beispiel eines aktuellen Vergleichs der real-time Prognosequalität von Standard-Makro-Modellen.

Erkenntnisgewinnung mit dem statistischen Modell der Ökonometrie

Das zugrundeliegende Modell der Ökonometrie ist im Wesentlichen das der statistischen Experimente. Man geht von einer Grundgesamtheit (Realität) aus, aus der wiederholt gezogen wird. Diese Ziehungen bilden die Stichprobe, das sind unsere Daten. Eine Hypothese wird als wohldefinierte Struktur formuliert, die möglicherweise in der Grundgesamtheit gilt.

Der Prozess der Erkenntnisgewinnung besteht im Testen, d.h. Verwerfen, und Neubilden von Hypothesen. Entsprechen die Daten dem statistischen Modell unter der Nullhypothese, so verwerfen wir nicht, entsprechen sie nicht, so lehnen wir die Hypothese ab. Unangenehmerweise ist die Entscheidung mit einer gewissen Unschärfe, der Irrtumswahrscheinlichkeit von z.B. 5% verbunden.

Die Wiederholung dieser Prozedur mit Ziehen einer neuen Stichprobe – wie auch in der Meta-Analyse in der Medizin üblich – wird zum Herantasten an eine gute inhaltliche Beschreibung der Realität vorgeschlagen.

In der Analyse von fehlenden Variablen im Rahmen des Frisch-Waugh-Theorems vergleichen wir ein fiktives, aber tatsächlich vorliegendes Regressionsmodell mit einer Variante, in der eine erklärende Variable fehlt, und untersuchen den Effekt auf die geschätzten Parameter der anderen erklärenden Variablen. Diese werden im Allgemeinen verzerrt sein. Das falsche Modell wird auch schlechte Prognosen liefern. Umgekehrt: werden irrelevante Variable hinzugefügt, tritt kein verzerrender Effekt bei den anderen geschätzten Parametern auf. Allerdings wird sich die Prognosevarianz erhöhen. Das Theorem enthält eine wichtige Aussage: Da wir in der Regel von einem für uns unbekannten Modell in der Realität ausgehen müssen – was nicht nur im Lichte der großen Rezession plausibel zu argumentieren ist –, genügt es nicht, eine Liste von potenziell erklärenden Variablen anzugeben, sondern es ist auch zu begründen, welche Variablen nicht eingeschlossen werden sollen, Wold (1954).

Demgegenüber versucht das positivistische Forschungsprojekt – frei nach Wikipedia – „denkökonomisch", d.h. mit möglicht wenig „Entitäten", Sachverhalte zu beschreiben, wobei jeder Hypothese auch eine – daraus abgeleitet – vermutete Antwort vorauszugehen hat.

Falls die relevanten Variablen des Regressionsmodells innerhalb der akzeptierten Entitäten konstruierbar sind, gibt es eine Überdeckung beider Ansätze. Falls eine relevante Variable nicht aus den vorhandenen Entitäten konstruierbar ist, wird ein neues System an Entitäten nur dann akzeptiert, wenn es sparsam ist und bessere Prognosen erlaubt. Es wird ein Trade-off zwischen Sparsamkeit und Prognosequalität unterstellt, der nur qualitativ formuliert ist und einen großen Spielraum übrig lässt.

ao. Prof. Dr. Michael Hauser
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Statistik und Mathematik an der WU. Seine Forschungsschwerpunkte sind im Bereich der Ökonometrie, Zeitreihenanalyse, Prognose, Modellieren von Finanzreihen, Diffusionsmodelle, Preisindizes, Routing Probleme, Anbauplanung.

Es ist bekannt, dass eine Erklärung für die Korrelation zwischen der Anzahl der Babys und der Störche in englischen Grafschaften um 1930 durch die unterschiedliche Bevölkerungsdichte erklärt werden kann. Wenn wir hier das positivistische Prinzip der Sparsamkeit und der Hypothesenbildung anwenden um zu versuchen von dem naiven – zugegeben überspitzten, aber sehr sparsamen – Modell, dass Störche Babys bringen, zu dem wesentlich umfangreicheren, das die Biologie und Lebensräume mit einschließt, hochzuarbeiten, so werden Jahrhunderte vergehen.

Abbildung 1. Rate der Tötungsdelikte und Todesstrafen in den Vereinigten Staaten und Kanada (U.S. auf der linken, Kanada auf der rechten y-Achse)
Quelle: Angrist and Pischke (2010) bzw. Donohue and Wolfers (2005)

Experimental design

Das Testen einfacher Hypothesen erfordert bei komplexen Systemen ein gut durchdachtes experimental design, auf Basis dessen die Stichproben gezogen werden. Ein klassisches Beispiel – wir weichen auf die Pflanzenzucht aus, damit uns keine ökonomische Theorie in die Quere kommt – ist die Überprüfung, ob ein neuer Dünger D_1 einem alten D_0 vorzuziehen ist. Dazu klärt man zuerst, um welche Früchte, welche Klimazone, Böden, Bodenbearbeitung, Bewässerung etc. es sich handeln soll. Dann versucht man, Probefelder mit möglichst viel Streuung nach diesen Variablen anzulegen, und ermittelt die Daten über mehrere Jahre. Wenn kein wichtiger Faktor, z.B. die Höhenlage übersehen wurde, ist der einfache Test auf die Differenz der Durchschnittserträge aussagekräftig. Zugleich lernt der/die ExperimentatorIn sehr viel über den Pflanzenbau.

Stichproben und Designs sind aufwendig und teuer – und in den Sozialwissenschaften oft nicht durchführbar. Alternativen sind quasi-designs oder natural designs. Hier wird versucht, die Versuchsanordnung eines künstlichen Experiments in der „Natur" zu finden und diese bereits existierenden Daten zu verwenden. Im Düngerbeispiel würde man keine eigenen Felder anlegen, sondern versuchen LandwirtInnen zu finden, die Dünger D_0 verwenden (control group) und andere, die schon auf D_1 umgestiegen sind (treatment group) und deren Felder die notwendigen Eigenschaften aufweisen, wie sie im eigenständigen Experiment optimal wären. Erfolgreiche Anwendungen basierend auf Mikrodaten finden sich in der Arbeitsmarktforschung, beim Messen von Output von Bildungsinvestitionen etc., Angrist and Pischke (2010).

Ein Beispiel für ein offenbar schlechtes Design und fehlende Variablen sind die Untersuchungen zum Abschreckungseffekt der Todesstrafe in den Vereinigten Staaten im Zuge ihrer Wiedereinführung 1976. Ehrlich (1975) stellte damals einen Abschreckungseffekt basierend auf 35 Zeitreihenbeobachtungen fest. Seither akkumulieren sich Daten, sowohl Längs- wie auch Querschnittsstudien, die diese Evidenz immer stärker anzweifeln. Ein Vergleich mit Kanada zeigt, dass offenbar dritte Variablen eine Scheinkorrelation verursacht haben, siehe Abbildung 1 aus Angrist and Pischke. Die Entwicklung der Tötungsdelikte verläuft in beiden Ländern gleichförmig, trotz der unterschiedlichen rechtlichen Anpassungen.

In der Makroökonomie werden Experimente nur von der Geschichte durchgeführt. Länderübergreifende Designs sind aber auch für makroökonomische Fragestellungen denkbar. Ein Ausgangspunkt könnte z.B. Bernankes (1995) verbale Diskussion der Weltwirtschaftskrise sein. Die traditionelle, zeitreihenbasierte Makroökonometrie ermöglicht andererseits die Interpretation von Hypothesen im Rahmen nicht-experimenteller Daten. Dabei spielen Stationarität, white noise, bzw. die Eigenschaften des Fehlers im Regressionsmodell – unabhängig, identisch, (annähernd) normalverteilt – die zentrale Rolle. Die Korrektheit der Spezifikation eines Modells wird wesentlich an Hand der Eigenschaften der Residuen überprüft. Abweichungen von den Annahmen zeigen Fehlspezifikationen an. Gegebenenfalls ist der verwendete Ansatz zu verwerfen. Hoover, Johansen and Juselius (2008) bezeichnen dies als den europäischen Zugang zur Ökonometrie.

Auswahl aus der aktuellen Diskussion über die Rezession

Neuere ökonomische Beiträge zur Diskussion über den Verlauf und die Ursachen der großen Depression sind z.B. Lewis (2010) (zum Lesen in der U-Bahn) oder alternativ „The Financial Crisis Inquiry Report" (2011), FCIR, Sinn (2011) im ifo Lunchtime Seminar aus der Sicht Deutschlands, Laidler (2010) aus wirtschaftstheoretisch-geschichtlicher Sicht und Ohanian (2010) aus neoklassischer Sicht. In diesen Beiträgen können unter anderem fehlende Variablen wie die Bilanzen des shadow-banking, die (falsche) Bewertung der asset backed securities, Vertrauensverlust im Bankensektor und der dadurch entstandene Liquiditätsengpass, spill over in den realen Sektor und ebenso Vertrauensverlust hinsichtlich des zukünftigen realen Wachstums, Zurückstellen von Aufträgen, Reduktion der Beschäftigten auf das unbedingt notwendige Niveau identifiziert werden.

Laidler meint zum Beispiel, dass die Möglichkeit der Zeittransformation monetärer Entscheidungen, im Speziellen in den DSGE-Modellen (dynamic stochastic general equilibrium) nicht ausreichend, wenn überhaupt berücksichtigt wird. Rajan (2011) sieht zwar ausreichendes Know-how zum rechtzeitigen Erkennen der Krise in vielen Teilbereichen der Forschung, aber die Teile seien nicht zusammengefügt worden.

Modellierung am Beispiel der Geldnachfragefunktion

An zwei Beispielen der empirischen Makroökonomie, Lucas (2000, Econometrica) und Ireland (2009, American Economic Review) soll nun das Potenzial der statistischen Methode erläutert werden. Lu-

Abbildung 2. Aktuelle und modellierte reale Kassenhaltung, 1900-1994, in Lucas(2000); Quelle: Lucas(2000)

cas beansprucht, neue Schätzungen für die Inflationskosten für die Periode 1900-1994 (obwohl Daten bis mindestens 1996 vorlagen) ermittelt zu haben. Dazu verwendet er drei Maße, die nur Kosten durch unverzinste, reale Bargeldhaltung messen, wobei diese Kosten heute durch geeignetes Umbuchen vom Giro- zum Online-Spar-Konto eher gering gehalten werden können. Ein Maß wird analog zur Konsumentenrente als Fläche unter der inversen Geldnachfragefunktion berechnet.

Die empirische Anpassung der Geldnachfragefunktion erfolgt durch Kalibrierung: In vier Artikeln aus den Jahren 1963 bis 1993 findet Lucas eine geschätzte Einkommenselastizität in der Geldnachfrage von etwa 1. Dies erlaubt ihm die Anschreibung als bivariates Regressionsmodell $\log(M_1/Y) = a - b*r$ (semi-log, Meltzer) bzw. $\log(M_1/Y) = c - d*\log(r)$ (log-log, Cagan); mit Y nominelles BIP, r nomineller Zinssatz. Für die Wahl der Elastizität d betrachtet er die Werte d=0.4, 0.5, 0.6 und wählt daraus nach dem besten visuellen Fit d=0.5. Die semi-log Variante scheidet er als ungeeignet für niedrige Zinsen aus. Die erzielte Anpassung ist in Abbildung 2 dargestellt.

Sie zeigt 30 Jahre systematische Unter-, 10 Jahre Überschätzung, 20 Jahre passend, 20 Jahre mit heteroskedastischen Residuen, gegen Ende der Beobachtungsperiode nur noch die Hoffnung auf strukturelle Stabilität. Er schreibt dazu, dass sich die Literatur noch nicht über die Modellierung der „kurzfristigen" Abweichungen geeinigt hat, und dass er in seinem Paper keinen Beitrag dazu liefert.

Offenbar liegen hier systematische, lang anhaltende Effekte in den Residuen vor, die über Autokorrelationskoeffizienten gemessen werden könnten. Sie deuten auf eine falsche funktionale Form, fehlende Variablen, falsche dynamische Spezifikation wie Nichtstationarität oder Strukturbrüche hin. Die Standardliteratur über Kointegration würde hier nicht auf unberücksichtigte, kurzfristige Effekte schließen, sondern auf Nichtkonstanz der langfristigen Beziehungen. Es sind daher systematische Prognosefehler zu erwarten.

Gegen die Vorgangsweise ist nichts einzuwenden, wenn Zahlenwerte für Parameter eines mathematischen, wirtschaftstheoretischen Modells für Illustrationszwecke gesucht werden. Lucas' Anspruch ist aber – laut Abstract –, neue empirische Schätzungen zu den Inflationskosten zu liefern. Diese erfordern aber auch eine geeignete Empirie der Geldnachfrage.

Ireland (2009) sieht ebenfalls die empirische Aussage in Lucas (2000), nimmt sie als Herausforderung an, hat neue Daten bis 2006, kümmert sich nicht um die Periode vor 1980 und testet auf Kointegration zwischen $\log(M_1/Y)$ und r bzw. log(r). Er schätzt, indem er um kurzfristige Dynamiken automatisch korrigiert, und wählt im Gegensatz zu Lucas die semi-log Funktion. Der Beginn seiner Beobachtungsperiode fällt mit dem Beginn von Paul Volckers Amtszeit im Federal Reserve Board und der Implementierung des Depository Institutions Deregulation and Monetary Control Act of 1980 zusammen. Lucas hatte zuvor b=7 für die Semi-Elastizität der semi-log Variante gemessen, Ireland findet nur b=1.8 – und natürlich auch andere Inflationskosten.

Kehren wir nochmals zur Spezifikation der Geldnachfrage zurück und führen eine visuelle Inspektion durch, dann können wir mindestens fünf Cluster unterscheiden: Cluster 1 1900-30, Cluster 2 1931-33, Cluster 3 1934-46, Cluster 4 1947-81, Cluster 5 1982-2006. Sie sind in Abbildung 3 gekennzeichnet.

Cluster 1 füllt einen Kreis. Die Weltwirtschaftskrise, Cluster 2 verbindet zum Cluster 3, der sich vor und während des Kriegsgeschehens mit einem konstanten Zinssatz völlig flach zeigt. Cluster 4 steigt mit der Zeit von rechts unten nach links oben, monoton für 1947-53 und 1961-69. Cluster 5 fällt über die Zeit steil nach unten. Dies legt den Schluss nahe, dass es keine stabile Geldnachfragefunktion der klassischen Art von Meltzer oder Cagan gibt. Dieser Verdacht ist allerdings nicht neu, Judd and Scadding (1982).

Zur Perzeption der empirischen Evidenz durch die beiden Autoren gibt es mehrere Interpretationen. Geht man von einem partial-analytischen (Ein-Gleichungs-) Ansatz aus, zeigt sich offenbar wiederholte Instabilität, die für beide Proponenten kein Thema ist. Das heißt, die Forderung nach empirischer, quantitativer Prognosequalität, bzw. der Vergleich mit der Realität ist keinem von beiden ein Anliegen. Ireland stellt sich zum Beispiel nicht die Frage, wann Cluster 5 zu Ende sein könnte und ein Wechsel zu einem neuen Cluster 6 auftritt.

Geht man hingegen von der Lucas Critique aus – sie wurde schon von Marschak (1953), ohne auf rationale Erwartungen zurückgreifen zu müssen, formuliert –, die besagt, dass sich die Parameter von Verhaltensgleichungen durch Vorwegnahme von Politiken ändern, so

Abbildung 3. Fünf Cluster der realen Geldnachfrage für die USA, 1900-2006
Quelle: Datenanhang von Ireland (2009)

können die Cluster Realisationen einer Geldnachfrage darstellen, die sich an die jeweiligen Politiken angepasst hat. In diesem Fall darf Lucas aber keine Kurve durch alle Regimes legen, ohne sich nicht seiner eigenen Kritik auszusetzen.

Weiters wird die Schlussfolgerung vermieden, dass Cagans oder Meltzers Geldnachfragefunktion nur zeitweilig eine geeignete Beschreibung der Entwicklung darstellen.

Ein Performancevergleich von Makromodellen im Jahrzehnt der großen Rezession

Im Rahmen einer Zusammenarbeit mit dem WIFO haben Diplomanden drei Standardvarianten eines Zweiländermodells, Gaggl et al. (2009), bestehend aus Eurozone und USA auf ihre prognostische Performance für die Jahre 2004 bis 2010 und Quartalsdaten überprüft. Betrachtet wurden real-time Ein- bis Vier-Schritt-Prognosen.

Basis ist ein Standard-DSGE-Modell mit vier Variablen M, Y, r, P für beide Regionen und dem Wechselkurs, das sich als eine strukturelle, kointegrierte Vektorautoregression mit entsprechend restringierten, langfristigen Beziehungen formulieren lässt, CI-VAR. Es wird in Differenzen, erweitert um die langfristigen Beziehungen im Niveau, geschätzt. Das zweite Modell ist eine Vektorautoregression in Differenzen, die die langfristigen Relationen ignoriert, VAR. Die dritte Variante ist ein Bayesian VAR, das in das Modell mit den kointegrierenden Beziehungen zusätzlich Informationen über eine ökonomisch plausible dynamische Struktur einfließen lässt, BVAR.

Insgesamt zeigt das kointegrierte VAR vor der Krise, 2004Q1 bis 2008Q2, in der Ein-Schritt-Prognose nur eine leicht schlechtere Performance als das BVAR, verliert aber bei den mittelfristigen Beziehungen. Nach der Krise sind die Effekte noch deutlicher. Insgesamt zeigt das VAR die beste, durchschnittliche Prognosegüte, sowohl vor als auch nach dem Krisenjahren 2008 und 2009. Dies ist insbesonders enttäuschend, als die geschätzten, langfristigen, strukturellen Beziehungen für die Prognosen keine Hilfe darstellen. So wird die ökonomische Theorie, die auf first principles der Mikrofundierung und repräsentativen Agenten und Markträumung beruht – darunter auch intertemporale Nutzenoptimierung und rationale Erwartungsbildung – auf die bloße Auswahl der Variablen M, Y, r, P reduziert.

Reflexion

Es scheint so zu sein, dass einigen, weit verbreiteten Standardmodellen schon vor der großen Rezession eine zu geringe Anzahl von „Entitäten" im positivistischen Sinn zu Grunde liegen, um die Modelle an die komplexe Welt adäquat heranzuführen. Ein Vorschlag wäre, Elemente des kritischen Rationalismus, wie Hinterfragen von Annahmen, Aufstellen von plausiblen Hypothesen etc. in die Diskussion aufzunehmen, um die Findung eines besseren Abbilds der Wirklichkeit etwas zu verkürzen. Auch wenn man vorläufig vielleicht mit „falschen" Modellen im Sinne von sparsamen first principles arbeiten muss, können dafür aber bessere quantitative Prognosen erzielt werden.

Literatur

Angrist, J.D. and Pischke, J.-St.(2010): The Credibility Revolution in Empirical Economics: How Better Research Design is Taking the Con out of Econometrics, JEP, 24(2), 2-30.

Bernanke, B.S.(1995): The Macroeconomics of the Great Depression: A Comparative Approach, JMCB, 27(1), 1-28.

Donohue, J.J. and Wolfers, J.(2005): Uses and Abuses of Empirical Evidence in the Death Penalty Debate, Stanford Law Review, 58, 791-845.

Enria, A.(2011): Hearing of the ESRB before the Committee on Economic and Monetary Affairs of the European Parliament, May 2,2011,

http://www.esrb.europa.eu/news/pr/2011/html/sp110502_1.en.html#

The Financial Crisis Inquiry Report(2011), Financial Crisis Inquiry Commission, Public Affairs, U.S.

Gaggl, P., Kaniovski, S., Prettner, K., Url, Th.(2009): The short and long run interdependencies between the Eurozone and the USA, Empirica, 36, 209-227.

Hoover, K., S., Johansen, S. and K. Juselius (2008): Allowing the Data to Speak Freely: The Macroeconometrics of Cointegrated Vector Autoregression. AER, 98, 251–255.

Ireland, P.(2009): On the Welfare Cost of Inflation and the Recent Behavior of Money Demand, AER, 99(3), 1040-1052.

Laidler, D.(2010): The Monetary Economy and the Economic Crisis, Working Paper 2010-1.

Lewis, M.(2010): The Big Short, Norton.

Lucas, R.E. jun.(2000): Inflation and Welfare, Econometrica, 68(2), 247-274.

Marschak, J.(1953): Economic measurement for policy and predictions, in Hood, W. and Koopmans, T. (eds): Studies in Econometric Method, 1-26, Wiley.

Ohanian, L.E.(2010): The Economic Crisis from a Neoclassical Perspective, JEP, 24(4), 45-66.

Rajan, R.(2011): Why Did Ecoomists Not Foresee the Crisis, project-syndicate/commentary/rajan14

Sinn, H.W.(2011) am 23.3.2011 http://mediathek.cesifo-group.de/iptv/player/macros/cesifo/mediathek?content=10603 13&idx=2

Wold, H.(1954): Causality and Econometrics, Econometrica, 22(2), 162-177.

„... dann gehen Sie zu einer emotionellen Größe“

Interview mit Karl Aiginger

Prof. Dr. Karl Aiginger ist seit 2005 Direktor des Wirtschaftsforschungsinstitut und seit 2006 Gastprofessor am Department für Volkswirtschaftslehre an der WU. Er erklärt im Interview die Möglichkeiten und Probleme von Prognosen, wieso sie wichtig sind und wie sie von der Politik aufgenommen werden. Am Ende des Interviews entwirft er seine Vision von Europa im Jahr 2031. Das Interview führten **Ernest Aigner** und **Nicole Gruber**

Inwiefern ist die Ökonomie als eine Sozialwissenschaft überhaupt prognosefähig?

Die Ökonomie ist selbstverständlich prognosefähig, weil auch Menschen prognosefähig sind. Ohne Prognose wie das Wetter ist, kann man sich nicht richtig anziehen. Auch wenn das oft nicht Prognose genannt wird und wenn sie auch sehr unterschiedlich sein kann, auf Bauchgefühl oder Wetterbericht basierend. Wie macht man es in der Ökonomie? Schritt 1: Man kennt das Normalverhalten, z.B. Konsum steigt in den letzen 10 Jahren um durchschnittlich ein Prozent pro Jahr. Dann haben die Vorgänge, die wir in der Makroökonomie prognostizieren, Bestimmungsgrößen, die wir kennen. In unserem Beispiel,ist, wie viel nächstes Jahr konsumiert wird, abhängig vom Einkommen des Vorjahres. Das heißt, wenn ich die Einkommensentwicklung von heuer weiß, habe ich schon 70-80 Prozent des Konsums vom nächsten Jahr. Dazwischen kommt noch die Sparquote: Wenn die KonsumentInnen optimistisch sind, steigern sie den Konsum stärker als die Einkommen wachsen, wenn Krisen drohen weniger stark. Es gibt für jede dieser Größe, die die Wirtschaftsleistung ausmachen – Konsum, Investitionen, Exporte –, ein Modell, das diese drei Schritte systematisch macht und Wechselwirkungen berücksichtigt. So kann man den Konjunkturverlauf im nächsten Jahr prognostizieren.

Prof. Dr. Karl Aiginger
leitet seit 2005 das Wiener Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) und unter anderem Gast Professor an der WU. Er forscht vor allem auf dem Gebiet der Industrieökonomie und der Wachstumspolitik.

Es ist also wichtig, sich mit Prognosen zu beschäftigen, obwohl sie fehlerbehaftet sind, weil die Entscheidungen dadurch verbessert werden können...

Der Fehler jeder Entscheidung wird sicher kleiner, wenn Sie Prognosen mit einbeziehen. Wieder wie beim Wetter. Natürlich ist der Wetterbericht manchmal falsch, aber er sagt doch, wenn es 100km westlich schon regnet. Wenn Sie keine Prognosen durch eine informierte Agentur oder Forschungsstelle machen, dann gehen Sie zu einer emotionellen oder konservativen Größe zurück. Zu einem Bauchgefühl, so z.B. dass ohnehin immer alles schlechter wird.

Kennen Sie Beispiele für große Einschnitte in der ökonomischen Vergangenheit, die von Prognosen vorhergesagt werden konnten, bzw. konnten durch Prognosen Krisen schon einmal im Vorhinein besser bewältigt werden?

Es sind bei allen großen Krisen Abschwächungen vorhergesagt worden. Wir haben gewusst, dass die wirtschaftliche Lage 2008 schlechter sein wird, wir haben jahrelang vor der Immobilienblase in den USA berichtet. Wir haben nicht gewusst, wie groß dieser Effekt ist. Wir haben Indizien gehabt, dass die Finanzmärkte nicht in Ordnung sind, wir haben nicht gewusst, wie sehr die deutschen Landesbanken oder die österreichische Kommunalkredit spekuliert haben. Daher haben wir auch nicht gewusst, dass es zum Super-GAU durch die Lehmann-Pleite kommen wird. Die Banken haben sich an einem Tag kein Geld mehr geliehen. Und das war ein Ereignis, für das wir in 100 Jahren keine vergleichbaren Ereignisse hatten. Und wenn etwas 100 Jahre nicht passiert, dann kann man es nicht voraussagen.

Wie teilt man der Politik Prognosen mit, wenn sie doch immer mit Fehlern behaftet sind? Die Politiker_innen tragen immer auch eine große Verantwortung...

Die Prognosen werden der gesamten Öffentlichkeit einmal im Quartal vorgestellt. Daneben gibt es möglichst viele Gespräche, in denen man erklärt, ob die Risiken eher nach oben oder nach unten gehen. Zum Beispiel: Wir haben am 1. Oktober 2008 – die Lehman-Pleite war am 15. September 2008 – eine deutliche Abschwächung vorhergesagt, aber noch einen Pluswert. In der ersten Oktoberwoche haben wir gesehen, dass wir das besser nicht halten und haben eine Risikoprognose von -0,5 dazu gegeben. Heute wissen wir, dass es -3,9% geworden sind. Daraufhin hat die Politik sich gefragt, wie sie auf diese Prognose reagieren kann. Während den Koalitionsverhandlungen hat mich der Finanzminister angerufen und gefragt, ob man von der Normalprognose von +0,8 oder von der Risikoprognose von -0,5 ausgehen soll. Meine Antwort daraufhin: bitte von -0,5 und wundern Sie sich nicht, wenn es ein Minus 5,0 werden wird. Denn zu der Zeit hat niemand etwas gekauft, da kann man nicht sagen, ob dieses Minus bei 0,5 oder bei 5,0 landet. In den Koalitionsverhandlungen wurde dann ein Konjunkturpaket fixiert, eines der frühesten in Europa. Ein Erfolg der Beratung und der Lernfähigkeit der Politik.

Wie ist grundsätzlich die Erfahrung, wie nimmt die Politik Prognosen auf? Wie geht sie damit um?

Sie horcht schon sehr genau zu. Ein Beispiel habe ich genannt. Zusätzlich sind an dem Tag, an dem wir die Prognosen machen, alle Parteisekretariate und alle Regierungsinstanzen hellhörig um schnell zu kommentieren, dass sie ohnehin richtig gehandelt haben und richtig handeln werden. Es ist

eine große Aufmerksamkeit dafür gegeben. Allerdings ist nicht immer eine Bereitschaft da, darauf zu reagieren, was ich auch einsehe, da eine Regierung auch andere Prioritäten hat als nur zu stabilisieren.

Wie würden Sie aus dem Jahr 2031 auf heute und die letzten 20 Jahre zurückblicken?

Ungefähr um 2015 stand Europa vor einer großen Weggabelung. Nach einer Finanzkrise und einer ruppigen Erholung hatte Europa an Wettbewerbsfähigkeit verloren und da gab es die Option, das amerikanische Wirtschaftsmodell noch stärker zu kopieren und zu versuchen, durch billigere Löhne und niedrige soziale Absicherung wettbewerbsfähig mit Asien zu bleiben. China war noch nicht die größte Wirtschaftsmacht, Indien noch nicht die zweitgrößte, noch war Amerika die größte. Eben da hat Europa die alternative Option ergriffen und versucht ein eigenes „neues europäisches Modell" zu errichten. D.h., in jenen Dimensionen exzellent zu werden, die für reiche Länder noch mehr Wohlfahrt bringen: Europa hat begonnen einen besonderen Schwerpunkt auf Umwelt zu setzen, alternative Energien, auf gesundes Leben und auf soziale Absicherung. Europa hat begonnen ein Modell zu entwickeln, das nicht dem reinen marktwirtschaftlichen Modell entspricht, d.h. konkurrenzfähig zu bleiben durch billige Produktion, und dabei Umweltverschmutzung und Armut als notwendige Begleiterscheinungen zu akzeptieren. Was wir seither als „neues europäisches Modell" kennen, ist ein Exzellenzmodell – basierend auf Innovation und Bildung – mit hohem Umweltstandard und sozialem Zusammenhalt. Viele asiatische Länder versuchen heute Elemente dieses Modells in ihre dynamischen Wirtschaften einzubauen.

Vielen Dank für das Gespräch.

NeuNeuNeu!

VW-Zentrum

Das VW-Department kann die Studienvertretung nicht ersetzen. Aber irgendetwas muss doch geschehen.
Daher ab Wintersemester 2011/12: das VW-Zentrum!

VW-Ecke
Im fünften Stock des UZA 1 entsteht gerade ein abgeteilter Lernbereich besonders für den Austausch zwischen VolkswirtInnen. Direkt vor dem Büro des Departments Volkswirtschaft im Kern D.

WU-Lectures
Es gibt ein Budget für interessante Diskussionsrunden, Vorträge etc. VW-Studierende haben die Möglichkeit, spannende Veranstaltungen anzuregen und mitzuorganisieren.

Beratung
Susi Reither und Flo Bohinc werden zu fixen Zeiten (Di 10-12, Do 12-14 Uhr) persönlich in der VW-Ecke, aber gerne auch per E-Mail VW-Studierende aus Bachelor und Master individuell beraten.

vw-zentrum@wu.ac.at

Anzeige

Als StudentInnen und SeniorInnen auf die Straße gingen

Am 01. Juni 2031 wendet sich der/die österreichische FinanzministerIn in einer Ansprache an die Öffentlichkeit und zieht Bilanz über die fiskalischen Entwicklungen der letzten 20 Jahre.
von **David Ifkovits**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit dem 1. Juni jährt sich heute ein Tag, der mich als FinanzministerIn besonders betrifft und – zugegeben – auch persönlich geprägt hat. Vor genau zwanzig Jahren kam es in Europa zum letzten Ereignis, das man als Staatsbankrott bezeichnen könnte. Euphemistisch war damals von einem „Haircut" die Rede, der Griechenland und seinem stark verschuldeten öffentlichen Haushalt bevorstehen würde. Ein tiefer Einschnitt war es damals tatsächlich – jedoch nicht für die Gläubiger, die einen Teil der Ausfälle schon in die Zinsen eingepreist hatten und für den restlichen Anteil durch das große Anleihen-Ankaufsprogramm der Europäischen Zentralbank entschädigt wurden. Vielmehr war es ein Einschnitt für den überwiegenden Teil der europäischen Bevölkerung, der während der darauffolgenden Jahre Einbußen in den sozialen Sicherungssystemen, bei den Bildungsausgaben und im Umweltschutz hinnehmen musste.

Daher bin ich umso froher, dass wir uns heute in einer ganz anderen, nämlich besseren und flexibleren wirtschafts- und budgetpolitischen Situation befinden. Das bezieht sich nicht nur auf die seit Jahren konstant gebliebene Schuldenquote, sondern auch auf das nachhaltige Design der öffentlichen Ausgaben. Ich möchte diesen Anlass dafür nutzen, zurückzublicken und zu analysieren, wie wir in diese bei weitem vorteilhaftere Position gekommen sind, obwohl uns 2011 noch eine wesentlich schlechtere Entwicklung prognostiziert wurde.

Wenngleich es fast unmöglich ist, zwanzig Jahre in wenigen Elementen wiederzugeben, denke ich, dass es einige zentrale Momente gab, die uns zu unserem heutigen Ausgangspunkt geführt haben. Einer davon war eine strategische Entscheidung der Bundesregierung, die aus den Neuwahlen 2017 entstanden ist. Die Entscheidung, von der ich spreche, war eine Fokusänderung. Standen bis zu diesem Zeitpunkt formale Budgetfragen wie das Erreichen des Nulldefizits oder das Einhalten von Schuldengrenzen im Vordergrund, wurden diese nun sekundär. In den Vordergrund rückte ein klares Bekenntnis zu strategischen Staatsausgaben, vor allem in den Bereichen Bildungs- und Sozialpolitik. Hatten die Staatsausgaben in diesen Bereichen während der Jahre davor noch stagniert, kam es schließlich doch noch zu einem Kurswechsel, was unter anderem eine Erhöhung der Hochschulausgaben auf die von der OECD vorgeschlagenen zwei Prozent des BIP bewirkte und andererseits die bedingungslose Grundsicherung im Verfassungsrang verankerte. Das war ein mutiger Schritt der damaligen Bundesregierung, vor allem weil der Rest Europas nach wie vor eine Politik der ausgabenseitigen Budgetkonsolidierung verfolgte.

Noch wichtiger als die Entscheidungen auf der Ausgabenseite war aber eine Neuausrichtung der Steuerpolitik. Die damalige Bundesregierung führte unter breitem gesellschaftlichen Konsens und entgegen starkem Gegenwind von Unternehmen und Interessensvertretungen im Zeitraum 2017 bis 2021 vermögensbezogene Steuern ein. Neben der Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer zu Beginn der Legislaturperiode kam es zwei Jahre später auch zur Einführung einer Bestandssteuer auf Vermögen. Was heute ein fester Teil unserer Finanzpolitik ist, bedurfte damals einer langen Vorbereitungszeit und mehrerer Jahre medialer und politischer Debatte. Letztendlich wurde die Entscheidung aber vom Großteil der Bevölkerung, der Wissenschaft und den Interessensvertretungen begrüßt – nicht zuletzt, weil sie zeitgleich zu einer steuerlichen Entlastung der Lohneinkommen kam.

Ich selbst war zu jenem Zeitpunkt StaatssektretärIn im Wirtschaftsministerium und erinnere mich sehr gut an die damalige Debatte, die Argumente, die für und gegen eine Neuorientierung des Steuersystems eingebracht wurden. Neue Steuern würden das Wachstum bremsen, Familienbetriebe würden zerstört, die Umverteilungspolitik einen Punkt erreichen, an dem sie nicht mehr zielführend, sondern lähmend sei. Ich möchte keine Illusionen wecken, die Einführung war sicherlich nur aufgrund des historischen Kontexts möglich. Wären nicht andere europäische Staaten vor Finanzierungsproblemen gestanden, hätte sich auch Österreich keine nachhaltigen Gedanken zur Neuausrichtung der öffentlichen Finanzierung gemacht. Nicht nur Griechenland, sondern auch Portugal,

Irland und Spanien konnten nur mit Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds und der EU ihre Solvenz sichern und ihre Zinszahlungen bedienen. Der wirtschaftspolitische Grundkonsens war damals noch ein ganz anderer als heute und so waren die finanziellen Transfers an zwingend restriktive Fiskalausgaben gebunden. Außerdem war die EU Mitte der Zehnerjahre noch primär eine Wirtschaftsunion, ihr gemeinsames Budget betrug nur ungefähr ein Fünftel der heutigen Höhe. Das führte in den stark verschuldeten Ländern zu einer Reihe massiver Sparprogramme, die primär im Sozial- und Bildungssektor negative Auswirkungen hatten.

Natürlich, die Absicht war es über das Erreichen von „Wettbewerbsfähigkeit" das Wirtschaftswachstum zu erhöhen, um so die Staatsschulden dieser Länder langfristig zu sanieren. Heute wissen wir, dass sich diese Logik nicht bewahrheitet hat. Als 2015 Griechenland und Irland wieder in der Lage waren, am Kapitalmarkt Schulden aufzunehmen, war ihr Lohnniveau im privaten Sektor um acht Prozent, im öffentlichen Sektor gar um 15 Prozent gesunken. Trotzdem stagnierte das Wirtschaftswachstum. Man hatte die Rechnung in Erwartung einer unsichtbaren Hand gemacht, die jedoch niemals eingriff. Niemand hatte sich darüber Gedanken gemacht, welche Branchen den gewünschten Export beflügeln sollten und wegen der knappen Staatskassen konnten auch Schlüsselbereiche nicht gefördert werden. Ich bin davon überzeugt, dass diese Entwicklung sich noch heute negativ auf diese Staaten auswirkt. Sie haben einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Altersarmut und sind auf Energieimporte angewiesen, da die Dezentralisierung der Elektrizitätserzeugung und der Umstieg auf alternative Energien dort erst auf dem Stand ist, den wir bereits 2021 erreichen konnten. Außerdem liegen die AkademikerInnenquote sowie der durchschnittliche Bildungsgrad noch immer weit unter dem europäischen Durchschnitt. Die Sparpakete waren in der Retrospektive eindeutig zu kurzfristig gedacht und ihre negativen Folgen wurden unterschätzt.

Zurück zu Österreich. Ich bin sehr froh darüber, dass sich damals breite Teile der Zivilgesellschaft kritisch gegenüber den europäischen Sparmaßnahmen gezeigt haben. Der Höhepunkt dieser Entwicklung waren wohl eindeutig die Montags-Streiks von StudentInnen und SeniorInnen im März 2017. Beide Gruppen befürchteten ähnlich stagnierende Entwicklungen wie im Rest Europas auch für Österreich und alles deutet darauf hin, dass sie das zu Recht taten. Die Bundesregierung hatte es über Jahre hinweg vermieden, zu der zukünftigen Finanzierung des Pensionssystems, der Pflege, des Gesundheitssektors und den Universitäten Stellung zu beziehen und stattdessen halbherzige „Zukunftsgarantien" ohne entsprechende Finanzierungsmodelle gegeben. Die ungewöhnliche Allianz aus Älteren und Jüngeren ging damals mit dem Ziel auf die Straße, die Regierung dazu zu zwingen, sich zu einem eindeutigen Budgetkurs zu bekennen, anstatt immer wieder aufzuschieben und zu vertrösten. Der breite Konsens in der wissenschaftlichen Community darüber, dass der seitens der Regierung nach wie vor gepriesene Sozialstaat langfristig strukturell nicht finanzierbar sei, tat sein übriges.

Und so kam es zum Strukturbruch in der Fiskalpolitik, den ich bereits angesprochen habe. Wenn auch mit gehöriger Verspätung konnte 2028 schließlich doch noch das Ziel erreicht werden, die AkademikerInnenquote auf 36 Prozent anzuheben. Die Grundsicherung schützt vor Altersarmut und sozialer Ungerechtigkeit und steht dank der zusätzlichen Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern auf einem soliden finanziellen Fundament. In der Ökonomie kam es ebenso zu einem Paradigmenwechsel. Die Möglichkeit neue Steuern zur Finanzierung strategischer Staatsausgaben einzuführen erlangte international erst akademische Unterstützung, nachdem einzelne Länder wie Österreich als VorreiterInnen fungiert hatten. Ich persönlich bin froh über diese Entwicklung und denke, dass sie uns alle zu dem Wohlstand geführt hat, den wir heute genießen – und dank des momentanen politischen und ökonomischen Klimas sicherlich auch noch lange genießen werden.

„The Day When the Debt Comes Due"

Der Artikel ist eine indirekte Replik auf Greg Mankiws Kommentar „The Day When the Debt Comes Due" in der NY Times vom 26. März 2011. Er ist ein Plädoyer dafür, die Struktur von Staatshaushalten nicht als natürlich gegeben hinzunehmen, sondern sich bewusst zu sein, dass sie verändert werden kann – und zwar nicht nur ausgabenseitig. Ob sich manche der oben getätigten Annahmen bestätigen, wird die Zukunft weisen.

Link: http://www.nytimes.com/2011/03/27/business/27view.html

Urbanität 2031

Ein Leben im urbanen Raum ist mit dem Jahre 2031 für 60% der Weltbevölkerung zur Lebensrealität geworden. Doch was bedeutet dies? Erfolgreiche Selbstverwirklichung des Menschen oder utopisches Vertrauen in die menschlichen Fähigkeiten? von **Julia Warmuth**

„The city is man's most consistent and, on the whole, his most successful attempt to remake the world he lives in more after his heart's desire."
Robert Park

In der Hoffnung, dass sich diese Prophezeihung bewahrheitet, schreitet die Verstädterung der Welt voran. Heute leben 60% der Weltbevölkerung in Städten. Alleine in den letzten 20 Jahren sind 10% dem mittelalterlichen Motto und Rechtsgrundsatz „Stadtleben macht frei" gefolgt und machten damit diese Umgebung zu ihrer Heimat, die so stark wie keine andere direkt vom Menschen geprägt wurde. In weiteren 15 Jahren werden sich ganze 70% der Weltbevölkerung stolz als glückliche StädterInnen bezeichnen können. Es bedurfte somit nur drei Generationen um die Proportionen der Niederlassungsstruktur auf dem Erdglobus umzukehren. Lebten 1950 noch rund 70% der Weltbevölkerung ländlich, sind es 2045 nur noch 30% (UNO 2009/2010).

Abbildung 1: Verhältnis urbane / nicht urbane Bevölkerung; Quelle: UNO (2009)

Der Rest verfiel der Faszination Urbanität, die sich regelrecht als ein Ritterschlag konstituiert: Eine Stadt verdient diesen Status, sind es doch Wunschattribute wie eine funktionierende Nachbarschaft, die Partizipation mündiger BürgerInnen, eine geteilte Geschichte wie auch die bereichernde Begegnung, die eine Stadt für uns erst zu einem urbanen Raum machen (vgl. Rodenhäuser 2008: 26). Mit städtischem Leben scheint die Utopie verbunden zu sein, ein besseres Leben führen zu können, eben ein Leben, das der Mensch nach eigenem Gutdünken definiert und modelliert. Das neue Jahrtausend hat jedoch signifikant an dieser Schönmalerei gekratzt. Die Menschheit muss sich den großen globalen Herausforderungen, nämlich der Urbanisierung, dem Bevölkerungswachstum und dem Klimawandel stellen. Die Einsicht, dass der Klimawandel anthropogen ist und dass der momentane Entwicklungspfad jeglicher Nachhaltigkeit entbehrt, war Auslöser dafür, dass die Ausrichtung vieler Maßnahmen der Städteplanung durch die Nachhaltigkeitsdebatte dominiert wurden. Bei einer Bilanz, die besagt, dass in Städten 75% der weltweiten benötigten Energie verbraucht und 80% des weltweit ausgestoßenen CO_2 produziert werden, ist es nicht weit her, ihnen in dem Lichte des technischen Fortschritts und der Tatsache, dass ihnen das größte Potenzial im Kampf um eine effizientere und emmissionsärmere Welt zugeschrieben wird, eine Schlüsselrolle zuzuweisen (Gavron 2007). Das Paradigma der grünen Entwicklung im Bereich der Stadtplanung, Architektur, Transportplanung ist omnipräsent. Dies verdeutlicht, dass der Fortschrittsglaube ungebrochen ist, denn die Technik scheint jenes Medium zu sein, welches früher oder später all unsere Probleme lösen wird. Programme und Initiativen auf nationaler wie auch internationaler Ebene fördern grüne Technologien, kompaktes und geplantes Städtewachstum und prägen den Begriff „smart growth". Dieser Optimismus nährt sich jedoch aus einem sehr eurozentristischen Blickwinkel. Lösungen durch Fortschritt, also letztlich durch Geld erkaufen zu können, ist möglich – nur auf Kosten von wem bzw. was? Lange Zeit versperrte der ökologische Fokus den Blick auf die sozialen Faktoren dieser Entwicklungen, was schließlich in einer Ratlosigkeit mündet, wenn es um die sozialen Komponenten menschlichen Zusammenlebens und Migrationsbewegungen geht.

Vielleicht mag Harveys Zitat ein zu fatalistisches Bild zeichnen, doch rückblickend auf die Anfänge des zweiten Jahrtausends bewegen wir uns in großen Schritten auf eine Realität zu, die wir nicht als wünschenswert erachten sollten, können, geschweige denn dürfen. Städtisches Leben ist auf globaler Ebene von einer Heterogenität geprägt, die es verunmöglicht, ein einheitliches Bild zu zeichnen. Zweifellos ist urbanes Leben aber immer stärker von Arbeitslosigkeit, Ungleichheiten, kultureller Heterogenität, einer auf Wachstumsförderung und Deregulierung ausgerichteten Stadtpolitik, physischem und psychischem Stress, Segmentierung, Ausgrenzung, Gewalt und Desillusionierung geprägt. Es ist nicht die Gemeinschaft, die Städte definiert, sondern

„For many to talk of the city of the twenty-first century is to conjure up a dystopian nightmare in which all that is judged worst in the fatally flawed character of humanity collects together in some hell-hole of despair." Harvey 2007

die Fremde, die sich in Form von Individualisierung und Anonymität manifestiert. Die Realität ist nicht das utopische „an einem Strang Ziehen", sondern eine sich verstärkende soziale Polarisierung. Ohne Zweifel schaffen moderne urbane Gesellschaften aus sich heraus Heterogenität, was durch die Tatsache, dass Migrationsbewegungen nie sozial neutral sind, noch verstärkt wird. Diese neue Pluralität der Lebensstile und Arbeitsformen stellt den Menschen vor neue Herausforderungen, die sich auch an jenen Attributen orientieren, durch die sich die Urbanität von Städten definiert, nämlich Fremdheit, Kontrasterfahrung und ununterbrochenem Wandel (vgl. Rodenhäuser 2008: 21). Diese urbanen Charakteristiken haben mit den Assoziationen des Dörflichen, mit dem wir ein Idealbild der Wohn- und Lebensbedingungen und Vertrautheit verbinden, wenig gemein. Der/die StädterIn wurde zur/m modernen Single, eingebettet in eine Dienstleistungsstadt. Durch die Vergesellschaftung der familiären Leistungen und Haushaltsaufgaben wurde die starke Ausrichtung des/der Einzelnen auf ein berufszentriertes Leben erst ermöglicht. Hand in Hand mit der Konzentration auf die Kernfamilie wie auch den Einpersonenhaushalt lassen sich zwei gegenläufige Entwicklungen erkennen. Zum einen erschließen junge Familien und erfolgreiche Singles das städtische Umland im „Grünen" und lassen die innere Stadt zurück, die einen wirtschaftlichen und sozialen Rückschritt erlebt und Armut konzentriert. Diesem Suburbanisierungseffekt (urban sprawl) steht der Gentrifizierungsprozess entgegen, der durch ein erneutes Aufleben der inneren Stadt geprägt ist (vgl. APuZ 2010: 7, 27). Erneut migrieren die gut Situierten und vertreiben die „Armen". Ungeachtet der Tatsache, dass dies gegenläufige Entwicklungen sind und zyklisch vonstattengehen, führen sie doch zum selben Ergebnis, nämlich zu Isolation und Abschottung. Diese Intention, sich in homogene Milieus zurückzuziehen und die Privatheit wieder aufleben zu lassen, resultiert nicht aus Feindschaft, sondern aus der Überforderung des Menschen mit der Komplexität städtischen Lebens umzugehen. Die Reaktion in den letzten 20 Jahren war nicht ein solidarisches Zusammenrücken. Ganz im Gegenteil traten Stadtbewohner hinter Mauern zurück, jedoch nicht im übertragenen Sinn – diese manifestieren sich inzwischen immer häufiger physisch durch Mauern, Überwachungssysteme, bewachte Tore, kurz „gated communities", und tragen so zu einer Verdorfung der Städte bei. Die Wertschätzung des Privaten steht ganz oben und erst dieser Rückzugsbereich ist es, der dem Individuum die Stärke gibt der Öffentlichkeit im urbanen Raum zu begegnen. Der Grund dafür könnte in der Tatsache begründet sein, dass das Gemeinschaftsgefühl bei hoher Ungleichheit Schaden nimmt. Dies kann in eine Negativspirale münden. Denn brechen die horizontalen sozialen Verbindungen und bricht die soziale Solidarität auseinander, nehmen Stressfaktoren wie auch Exklusionstendenzen zu, was unter anderem zu Gewalt und Depression führen kann (vgl. Hancock 1996: 76).

„(…) But, if the city is the world which man created, it is the world in which he is henceforth condemned to live. Thus, indirectly, and without any clear sense of the nature of his task, in making the city man has remade himself." Robert Park

Städte scheinen viele negative Aspekte des Lebens zu konzentrieren, gleichzeitig wohnt ihnen ein großes Potenzial inne. Das Streben nach Superlativen muss durch die einfache Aufgabe „zu erhalten" ersetzt werden: nicht nur die Umwelt, sondern auch den sozialen Zusammenhalt und die globale Solidarität, was nicht im Widerspruch zur globalen Vielseitigkeit gesehen werden darf.

Julia Warmuth studiert VWL an der WU

Literatur

APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte (2010): Stadtentwicklung, vol. 17

Gavron, N. (2007): Towards a carbon neutral London. In: Burdett, R.; Sudjic, D.: The endless city. The Urban Age Project

Hancock, T. (1996): Planning and creating healthy and sustainable cities. In: Price, C.; A. Tsouros (Hrg.): Our Cities, our future: Policies and Action Plans for Health and Sustainable Development. WHO Healthy Cities Project Office

Harvey, D. (2007): Cities or urbanization? In: City, vol. 1

Rodenhäuser, Ben (2008): An fremden Orten – zur Urbanität der Spätmoderne. In: Reicher, Christa et al.: StadtPerspektiven – Positionen und Projekte zur Zukunft von Stadt und Raum. Karl Krämer

UNO (2009): World Urbanization Prospect

UNO (2010): World Population Prospect

Unser demokratisches, ökologisches und soziales Europa

Heute feiert Europa ein wichtiges Jubiläum; genau vor 15 Jahren erhielt die EU ihre erste Verfassung. Das war der Beginn für eine neue Ära der Europäischen Union, der Beginn einer langen Phase von Veränderungen, inmitten derer wir uns immer noch befinden. Dabei haben vor allem die europäischen Bürger_innen einen wesentlichen Beitrag zu einem demokratischeren, ökologischeren und sozialeren Europa geleistet. von **Anita Klambauer**

Doch wie kam es eigentlich zur Gründung dieser „neuen EU"? Alles begann mit einer erneuten Ablehnung des zweiten Vertragsentwurfs der Europäischen Kommission für eine Verfassung der Europäischen Union. Im Jahre 2004 waren es die Niederlande, Frankreich und Irland gewesen, die sich gegen den 1. Entwurf des Verfassungsvertrags ausgesprochen hatten. Diesmal, im Jahre 2016, kamen noch weitere europäische Staaten dazu, die in einer Volksabstimmung ein Veto gegen den Verfassungsvertrag eingelegt hatten. Diese Ablehnung war schlussendlich ausschlaggebend dafür, dass die Politiker_innen endlich begriffen, dass ihre Vorstellungen der Europäischen Union nicht der Meinung der EU-Bürger_innen entsprachen. Diese wollten sich nämlich nicht von Brüssel irgendwelche Vorgaben aufzwängen lassen, die in ihren Augen unsozial, unökologisch und undemokratisch waren. Diese Zeit war auch von der Gründung zahlreicher Bürger_inneninitiativen gekennzeichnet, vor allem in jenen Ländern, wo die Regierungen eine Volksabstimmung verweigert hatten. Die europäischen Politiker_innen wussten nicht mehr weiter und beschlossen „in einem lichten Moment demokratischer Vernunft" (Felber 2009: 16), dem Volk von nun an mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten zu geben. Der erste Schritt dazu war, dass 500 Millionen Menschen ihre Vertreter_innen wählen durften, die für die EU eine neue Vertragsgrundlage verfassen würden. Dabei wurde besondere Rücksicht darauf genommen, dass Vertreter_innen aus den Sektoren Umwelt und Friedensbewegungen sowie aus sozialen und entwicklungspolitischen Organisationen fixe Mandate hatten, und dass 50 Prozent der Konventmitglieder Frauen waren. (vgl. Felber 2009: 15ff.)

Nach 18 Monaten hatte der Konvent schließlich einen Entwurf vorgestellt, der ganz vorne eine Charta der Grundrechte beinhaltete. Dieser Grundrechtskatalog umfasste neben allen bisherigen Grundrechten auch – als erste Verfassung der Welt – das Recht auf materielle Existenzsicherung sowie das Recht auf Arbeit. Auch bei den Institutionen der EU gab es wesentliche Veränderungen; es wurde endlich eine klare Gewaltentrennung vorgesehen. Dem Parlament wurde das Initiativrecht für Gesetze übertragen und aus der Kommission wurde die EU-Regierung. Ihre Mitglieder werden seit damals, dem Jahre 2016 direkt vom Parlament gewählt und können mit einfacher Mehrheit bzw. Bürger_inneninitiative der Bevölkerung abgewählt werden, dazu aber später noch Genaueres. Jener Teil des neuen Verfassungsvertrages, über den am meisten diskutiert wurde, war die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips. Dieses besagt, dass höhere politische Ebenen wie die EU erst dann tätig werden sollen, wenn die jeweils niedrigeren Ebenen wie Bund, Länder oder Gemeinden die jeweiligen Bereiche nicht selbst besser regeln können. Es wurde heiß diskutiert, vor allem über die Bereiche Agrarpolitik, Außenhandelspolitik sowie Sicherheitspolitik. Schließlich wurde ein Kompromiss erzielt, der vorsieht, dass die Staaten selbst entscheiden können, in welchen Bereichen sie die Kontrolle selbst ausüben wollen und welche Bereiche sie vergemeinschaften wollen. Seit damals ist es also möglich, dass neutrale Staaten wie Österreich oder Irland nicht an der gemeinsamen Sicherheitspolitik teilnehmen. (vgl. Attac 2007: 1ff.)

Das, was die EU-Bürger_innen laut der letzten Umfrage im Jahre 2030 am Verfassungsvertrag am meisten wertschätzen, ist die Möglichkeit der Bürger_innenbeteiligung. Seit der Ratifizierung des Verfassungsvertrages im Jahre 2016 müssen Initiativen, die von einem Prozent der EU-Bürger_innen unterschrieben werden, vom Parlament behandelt werden und jene, die von fünf Prozent unterschrieben werden, zu einer EU-weiten Volksabstimmung führen. Die Möglichkeit der Ausübung direkter Demokratie auf EU-Ebene war sicherlich die größte „Revolution" des Verfassungsvertrags von 2016. Genau heute vor zehn Jahren hatten das erste Mal alle EU-Bürger_innen das Recht, direkte Demokratie auf EU-Ebene auszuüben, indem sie über den neuen Verfassungsvertrag abstimmen konnten. Die Wahlbeteiligung lag bei unglaublichen 90% und die Zustimmung zum Verfassungsvertrag lag in allen Mitgliedstaaten über 70%. Kein Wunder, denn die EU-Bürger_innen waren sehr stolz auf „ihren" Vertrag. Sie hatten die Konventmitglieder schließlich persönlich gewählt und hatten auch die Möglichkeit gehabt, in EU-weiten Fernseh- und Radiosendungen mitzusprechen und gehört zu werden. (vgl. Felber 2009: 23ff.)

Durch den Verfassungsvertrag wurde die optimale Grundlage für die Schaffung von ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit sowie für einen nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt geschaffen. Rückblickend hat die direkte Demokratie in Form von EU-Volksbegehren die meisten Veränderungen in die Politik der Europäischen Union gebracht. Bereits im Jahre 2021, drei Monate nach der Ratifizierung des Verfassungsvertrages gab es das erste europaweite Volksbegehren, das schließlich zur Verbannung der Gentechnik aus der Europäischen Union führte. Die EU-Verfassung hatte nämlich nur Grundzüge festgelegt, unter anderem auch das Ziel einer ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel produziert. Um alles weitere kümmerten sich dann die EU-Bürger_innen und bauten die EU nach ihren

Vorstellungen um. Das zweite Volksbegehren, das von 30% der EU-Bevölkerung unterstützt worden war, führte schließlich zum allmählichen Auslaufen der Kernenergie. Es gibt jetzt nur mehr ein Atomkraftwerk in der gesamten EU, dieses befindet sich in Frankreich und wird in zwei Monaten abgeschaltet werden. (vgl. Felber 2009: 1ff.)

Vor ca. 20 Jahren konnte man sich eine Situation wie jetzt kaum vorstellen. 2011 waren die primären Ziele der EU im Zuge der „Europa 2020"-Strategie noch die Erhöhung des Wachstums sowie die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. 2016 setzte sich die EU-Regierung auf Basis der Verfassung ein neues Ziel, nämlich zu einem „global nachhaltigen Wirtschaftsraum" zu werden, mit dem Hauptziel der Senkung des globalen ökologischen Fußabdrucks von 4,7 auf 3 globale Hektar pro Person in den nächsten zehn Jahren. Wie wir bereits alle wissen, haben wir dieses Ziel gut erreicht und werden diese Strategie auch in Zukunft weiterführen: Bis zum Jahre 2050 soll der ökologische Fußabdruck nur mehr 1,8 Hektar pro Person betragen. Diese Ziele der EU zu mehr Nachhaltigkeit wurden – wie bereits erwähnt – durch die Bürger_inneninitiativen vervollständigt, die schließlich dazu führten, dass Gentechnik und Atomkraft aus der EU verbannt wurden. Stattdessen hat die EU nun die Nutzung von erneuerbaren Energien wie Wind, Wasser, Sonne und Biomasse massiv ausgebaut. Die EU ist der nachhaltigste Wirtschaftsraum der ganzen Welt geworden und somit auch Vorbild für viele andere Staaten. (vgl. European Commission 2010: 3f.; Felber, Pekny 2009: 119ff.)

Aber nicht nur in Bezug auf Umwelt, sondern auch in den Bereichen Soziales und Bildung hat sich in der EU in den letzten 20 Jahren einiges getan. Es gibt jetzt in der gesamten EU einheitliche Sozialstandards sowie Arbeitsschutzbestimmungen. Dabei können die einzelnen Mitgliedsstaaten aber auch höhere Standards als jene der EU definieren. Besonders erwähnenswert ist auch, dass die europäischen Bürger_innen im Gegensatz zu vielen Politiker_innen erkannt haben, dass Bildung einen sehr hohen Stellenwert in der Gesellschaft einnehmen sollte. Seit der Bürger_inneninitiative im Jahre 2020 müssen alle europäischen Staaten mindestens 2,5% des BIP für die Universitäten ausgeben und es gibt EU-weite Studienbeihilfenprogramme für Studierende – unabhängig vom Einkommen der Eltern. Auch im Bereich des Gesundheitssystems gab es im Jahre 2025 eine wichtige Veränderung: Das Gesundheitssystem wird jetzt in allen europäischen Staaten aus Steuermitteln finanziert (wie das in Skandinavien schon lange der Fall ist), was bedeutet, dass jeder Mensch ein Recht auf Gesundheitsversorgung hat. Das sind nur einige wichtige Beispiele für konkrete gesellschaftliche Veränderungen seit der Ratifizierung der EU-Verfassung; wir wissen ja alle, dass sich sehr viel getan hat in den letzten 15 Jahren.

Der 3. Juli 2016 ist als Sternstunde der Demokratie in die europäische Geschichte eingegangen und als Entstehungsdatum einer „neuen EU", wo nicht mehr Wachstum an erster Stelle steht, sondern Demokratie, Nachhaltigkeit und Sozialstandards. Heute können wir dieses wichtige Jubiläum ausgelassen feiern und uns auf viele weitere Jahre voller positiver Veränderungen für Europa freuen. (vgl. Felber et al. 2009: 9ff.)

Anita Klambauer studiert VWL an der WU

Ökologischer Fußabdruck

Unter dem Ökologischen Fußabdruck wird die Fläche auf der Erde verstanden, die notwendig ist, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen (unter Fortführung heutiger Produktionsbedingungen) dauerhaft zu ermöglichen. Das schließt Flächen ein, die zur Produktion seiner Kleidung und Nahrung oder zur Bereitstellung von Energie, aber zum Beispiel auch zum Abbau des von ihm erzeugten Mülls benötigt werden. Weltweit stehen jeder Person 1,8 Hektar zur Verfügung; im Jahre 2011 beanspruchte die EU allerdings noch 4,7 Hektar pro Person.

Literatur

Attac (2007): Attacs 10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag:

http://www.etc-graz.at/typo3/fileadmin/user_upload/ETC-Hauptseite/Programm/veranstaltungen/10_prinzipien_attac.pdf

European Commission (2010): Europe 2020. A strategy for smart, sustainable and inclusive growth. Communication from the Commission, Brussels

Felber, Christian (2009): Mehr Demokratie! Unser demokratisches Europa, in: Attac (Hrsg.): Wir bauen Europa neu – wer baut mit, St. Pölten, Salzburg: Residenz Verlag

Felber, Christian; Rümmele, Martin; Strickner, Alexandra; Ziegler, Petra (2009): Warum wir Europa neu bauen wollen, in: Attac (Hrsg.): Wir bauen Europa neu – wer baut mit, St. Pölten, Salzburg: Residenz Verlag

Felber, Christian, Pekny, Wolfgang (2009): Nachhaltigkeit statt Wettbewerbsfähigkeit, Unser ökologisches Europa, in: Attac (Hrsg.): Wir bauen Europa neu – wer baut mit, St. Pölten, Salzburg: Residenz Verlag

Wikipedia: Ökologischer Fußabdruck: http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96kologischer_Fu%C3%9Fabdruck

Wie Maynard sich die Zukunft dachte...

15-Stunden-Woche, Zeit für Kunst, Literatur und Müßiggang. Dieses Bild hatte Keynes im Kopf als er über die wirtschaftliche Zukunft für die EnkelInnen seiner Generation nachdachte und so konträr die Situation im Moment auch sein mag, so stellt sich doch in Frage ob dies zwanghaft so sein muss, oder ob eine Keynes'sche Zukunft nicht doch möglich ist. von **Florentin Glötzl**

Das Goldene Zeitalter oder wenn Wachstum kein Zwang ist

Rund 40 Jahre nach den ersten Rufen „Keynes is dead" und rund 65 Jahre nach seinem eigentlichen Tod 1946, erleben wir dieser Tage als Reaktion auf die Krise zumindest eine teilweise Auferstehung von Keynes. Doch der wissenschaftliche Diskurs über das Vermächtnis des wohl größten Ökonomen des letzten Jahrhunderts scheint weitgehend oberflächlich zu bleiben. Oftmals wird Keynes dafür kritisiert keine langfristige Vision für die Zukunft zu liefern, kein Modell wie es weitergeht. Doch scheint es, dass die einzige Fundierung dieser Kritik in mangelnder Lektüre zu finden ist.

In seinem 1943 geschriebenen, aber leider erst lange nach seinem Tod erschienen Text „Long Term Problem of Full Employment" schildert er die drei Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung, die aus seiner Sicht in Abfolge nach dem Ende des Krieges eintreten werden. Am Ende dieses Prozesses sieht er eine Stagnationswirtschaft, ein „Goldenes Zeitalter" in dem das Jahrtausende alte ökonomische Problem des Mangels überwunden sein würde. Doch die von Keynes vorhergesehene, jahrzehnteübergreifende, empirisch überall nachweisbare Tendenz langfristig abnehmender Wachstumsraten wird vollständig ignoriert. Aus unerfindlichen Gründen wird trotz sechzig Jahren Empirie an einem Modell exponentiellen Wachstums festgehalten (Reuter, 2009 S. 3). So schreibt auch der Politikwissenschaftler Elmar Altvater:

John Maynard Keynes

„Man will nicht wahrhaben, dass das ökonomische Wachstum nicht geometrisch, sondern linear ist und sich mit der Zeit dem Grenzwert Null naturgesetzlich nähert" (Altvater, 2009 S. 176)

Die Utopie des „Goldenen Zeitalters" ist übrigens keine, die Keynes alleine hegte. Auch KlassikerInnen wie Adam Smith und John Stuart Mill hofften und glaubten, dass es irgendwann eine Gesellschaft geben könnte, in der alle einen befriedigenden Lebensstandard hätten (Rothschild & Bürger, 2009 S. 49).

„Keynes' Szenario geht dahin, dass in einer wachsenden Wirtschaft und unter der Annahme einer nicht allzu rasch zunehmenden Bevölkerung auf längere Sicht eine allmähliche Befriedigung der materiellen Bedürfnisse den Investitionsprozess und damit das Wirtschaftswachstum zum Anhalten bringt. Die Pointe dieses Gedankengangs besteht darin, dass sich der dynamische Kapitalismus des 19. Jahrhunderts quasi selbst verschlingt und gerade sein Erfolg als Akkumulationsmaschine ihn überflüssig macht." (Braunberger, 2009 S. 184)

In „Long Term Problem of Full Employment" (1943), einer Arbeit, die sich im Auftrag des englischen Finanzministeriums mit den ökonomischen Problemen der Nachkriegszeit auseinandersetzen sollte, teilt Keynes die zukünftige Wirtschaftsentwicklung nach dem Krieg in drei Phasen ein.

Phase I der wirtschaftlichen Entwicklung

In der ersten Phase sieht Keynes eine Welt, die wegen der Kriegsfolgen durch Wiederaufbau und Bereitstellung einer Grundversorgung geprägt ist. Daher ist einerseits das Ausmaß an notwendigen Investitionen hoch, andererseits ist die Bereitschaft zum Sparen wegen der hohen Konsumbedürfnisse der Bevölkerung gering, das heißt, dass das Investitionsniveau über dem Sparniveau liegt. Wegen der hohen Aufnahmefähigkeit des Marktes sind die Renditeerwartungen hoch und daher werden die Gewinne immer weiter reinvestiert. Gerade diese hohen Renditeerwartungen, d.h. gerade diese hohe Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ist für Keynes das ausschlaggebende Motiv für Investitionen. Die Kapazitäten werden daher erweitert und somit wird auch immer mehr Kapital akkumuliert. Dank der großen Nachfrage werden die Erwartungen auch erfüllt; die Wirtschaft wächst rasch. Wegen der steigenden Produktion werden mehr ArbeiterInnen angestellt, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Reallöhne steigen. Dadurch wiederum fließt mehr Geld in die Staatskassa, was den Ausbau der Infrastruktur, des Bildungs- und Gesundheitswesens sowie vieler anderer wohlfahrtsstaatlicher Institutionen ermöglicht. Das Problem in dieser blühenden Phase der Wirtschaft sah Keynes in der nachfragebedingten Inflationsgefahr. Er trat daher in dieser Phase für eine Regulierung

der privaten Investitionen sowie für das Schaffen von Anreizen zur Ersparnisbildung ein.

Phase II der wirtschaftlichen Entwicklung

Die zweite Phase beschreibt, wie sich das Investitionsvolumen und die Sparquote einander annähern, bis sie einander im Wesentlichen entsprechen. Dies passiert ganz einfach aus dem Grund, dass im Laufe der Zeit die Anzahl an renditeträchtigen Investitionsmöglichkeiten abnimmt, da die meisten Grundbedürfnisse der Bevölkerung vollständig befriedigt sind. Das führt zum einen zu einer niedrigeren marginalen Konsumquote in der Gesellschaft – einhergehend mit einer höheren Ersparnisbildung – und zum anderen zu geringerem Kapitalbedarf bei den Unternehmen. Mit der sinkenden Konsumquote sinkt auch das Investitionsvolumen, da Kapazitätsausweitungen bei Gütern, die die Grundbedürfnisse befriedigen, nicht mehr notwendig sind. Deshalb sieht Keynes schon in dieser Phase Bedarf für staatliche Lenkung bzw. für eine staatliche Beteiligung am Investitionsvolumen, um geringe Arbeitslosenraten zu ermöglichen. Positive Nebeneffekte dabei sind nach Meinung von Keynes eine größere Planbarkeit der Wirtschaftsleistung und eine Reduktion der Schwankungsbreite derselben. Diese Phase markiert mit stark abnehmenden Wachstumsraten den Übergang vom Wachstum zur Stagnation.

Phase III der wirtschaftlichen Entwicklung

Die dritte und letzte Phase ist dadurch charakterisiert, dass durch die hohe Güterausstattung der Haushalte nur mehr wenige Möglichkeiten für rentable Investitionen am Realgütermarkt zu finden sind. Die Märkte sind in Bezug auf die Grundbedürfnisse schon gesättigt und die nachfrageseitigen Marktsignale werden daher immer schwächer und uneinheitlicher. Zusätzliche Investitionen sind nur mehr in Bezug auf „positionale" Güter, also Güter die nicht Grundbedürfnisse befriedigen, sinnvoll. Doch ist es schwierig, deren Nachfrage zu bestimmen und es wird zusehends schwieriger, die Signale des Marktes zu deuten. Während das Bedürfnis nach Essen eine klare Nachfrage verursacht und für die UnternehmerInnen klar zu verstehen ist, ergeben sich zum Beispiel aus dem Bedürfnis nach Prestige eine Unmenge an verschiedenen Nachfragen und es wird schwierig für die Unternehmen, zu identifizieren, welche Nachfrage genug Absatz garantiert. Die Unsicherheit steigt ob der ungewissen Absatzmöglichkeiten für die Unternehmen, die „marginal efficiency of capital" (Keynes, 1936) sinkt, und folglich auch die privaten Investitionen und das Wirtschaftswachstum. Eine Entwicklung, bei der die niedrigen Einkommen immer niedriger werden und die hohen immer höher führt daher zu einer Situation der Sättigung in der einen Bevölkerungsschicht, während die Bedürfnisse der anderen noch lange nicht erfüllt sind.

Im Gegensatz zur ersten Phase ist es nun notwendig, dass der Staat zu hohe Ersparnis verhindert und für einen hohen – und wie Keynes normativ betont – sinnvollen Konsum sorgt. „Keynes scheute sich also nicht, zwischen sinnvollem und rein konsumistischem Verbrauch zu unterscheiden." (Zinn, 2009 S. 4) Er hält es allerdings für unwahrscheinlich, dass diese Eingriffe vollständig funktionieren können und nimmt an, dass langfristig die gesamte private Investitionstätigkeit aus den Abschreibungen erklärt werden kann. Die Wirtschaft bleibt hinter ihren Produktionsmöglichkeiten zurück; es wird weniger Kapital akkumuliert und die Wirtschaft stagniert. Zur gleichen Zeit gibt es aber Produktivitätsfortschritte, die zu Arbeitslosigkeit führen. Um dies zu verhindern vertritt Keynes die Position, dass es einer besseren Verteilung der Arbeit bedarf, also einer Arbeitszeitverkürzung, sodass Vollbeschäftigung weiterhin garantiert werden kann (Hickel, 2006 S. 6). Damit geht ein Mehr an Freizeit einher, worauf sich Keynes' Bezeichnung des „Goldenen Zeitalters" zurückführen lässt. Es ist ein Zeitalter, in dem der Mangel nicht mehr in der selben Form wie früher existiert und die Wirtschaft nicht länger gezwungen ist zu wachsen, um Stabilität garantieren zu können.

> *„Es wird notwendig sein, sinnvollen Konsum zu fördern, Sparen zu missbilligen – und einen Teil des unerwünschten Überangebots durch vermehrte Freizeit zu absorbieren, mehr Urlaub (welches ein wunderbar angenehmer Weg ist, Geld loszuwerden) und kürzere Arbeitszeiten." (Keynes, 1943 S. 162)*

Florentin Götzl studiert VWL an der WU

Literatur

Altvater, Elmar. 2009. Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen, Eine Radikale Kapitalismuskritik. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2009.

Braunberger, Gerald. 2009. Keynes für Jedermann, Die Renaissance des Krisenökonomen. Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Buch, 2009. S. 183-191.

Hickel, Rudolf. 2006. Keynes ist tot – Es lebe die Keynes'sche Theorie. 2006.

Keynes, John Maynard. 1943. Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung.

Reuter, Norbert. 2009. Stagnation im Trend - Leben mit gesättigten Märkten,stagnierenden Ökonomien und verkürzten Arbeitszeiten. Wissenschaft & Umwelt interdisziplinär Nr. 13. 2009, S. 176-188.

Rothschild, Kurt & Bürger, Hans. 2009. Wie die Wirtschaft die Welt bewegt, Die großen ökonomischen Modelle auf dem Prüfstand. Wien: Lesethek Verlag, 2009. S. 49-65.

Zinn, Karl Georg. 2008. Keynes als Alternativer(r)? Die Keynes'sche Alternative: Beiträge Zur Keynes'schen Stagnationstheorie, Zur Geschichtsvergessenheit Der Ökonomik Und Zur Frage Einer Linken Wirtschaftsethik. 2008.

Would Adam Smith have been a hacker?

Who has never heard of Open Source before? The first philosophical system only based on internet interactions and on a powerful networking implemented by computer fans or nerds, as they may be called. But above the idea of a "big glasses" guy and boring documentaries about the subject: many questions arise, for example: What is the purpose of Open Source, and how has it been working so far? von **Aurelien Fichet**

These days, numerous innovations are recognizable in the computer world, such as the launch of Google's new hardware "ChromeBook" and its operating system Google Chrome OS, and the informatics market questions (again) the place of monopolies, like Steve Ballmer's Microsoft, actions of extreme locking, such as Apple's software, and finally the need of implementation of new modes of developing software: the software engineering.

Fred Brooks, pioneer in this domain, wrote in his book "The Mythical Man-Month", which is known as today's Bible of software engineering that old fashioned ways of management, planned to be used for the old automobile sector for instance, today lead to a certain failure when it comes to managing a team of developers on a whatever programming's project. For this, let us mention one of the most famous laws Brooks established, namely the so called 'Brooks's Law', which says: "Adding manpower to a late software project makes it later."

The Operating System (OS) conception of the new IBM product OS/360 was in a shaky state, but nevertheless the wonderful ideas of the former engineers were to add labor factors (they added factors, right) in order to increase the productivity and to solve the coding errors of the developers. The result (of the addition of those factors) was clear: it just bungled the already messy work of the programmers, who interacted too few with each other and started to hamper the chances of seeing the OS finished in time. As already suspected, the program arrived too late on the market. Therefore it missed to grab IBM's reputation, but not only for this reason, but also because the managers didn't have the specificity of this market in mind.

This reasoning perfectly describes a well defined situation in a well defined model of production. The OS was a private and huge commercial project which was supposed to become a revolutionary product. Brooks's Law isn't in fact infallible: some other big projects have had a wonderful success even though their collaborators' number has never stopped to increase while working on it: the Linux OS is the perfect example. Written by Finnish former student Linus Torvalds and improved thanks to millions of workers around the world, Linux is the most significant success ever in terms of free and collaborating programming: the Open Source way.

The method was quite revolutionary at this time, and became a respectable way of coding in software engineering, although it still stays minority in big industries. The Open Source programming then emerged thanks to the development of the Web; because, let's recall it, it is based on a share-principle of information between hackers (former word for programmers), debuggers and users.

The hacker codes alone, or in a little group, a program which is just able to do one or few tasks in order to keep it simple to improve, or even more, to read for other hackers. These latter publish their work by means of chat channels or on internet forums. Then the famous debugging (the search for code's errors) begins. It is mostly performed by the programmer himself or by other debuggers (hackers who specialized themselves), who sometimes don't even have to do anything with the root project. These latter then submit a new version of the software, as available and readable as possible for the Internet public and other coders. Meanwhile, users and beta-testers would have used and examined the new software and will also submit corrections, new ideas and ask for further tasks.

Eric S. Raymond, a famous hacker since the beginning of Open Source coding and one of the most brilliant advocates of the free software, wrote a book called 'The Cathedral and the Bazaar'. In this book he gives an example of a software he himself wrote (Fetchmail) and which has been led forward by unknown members of different open source groups throughout the world.

The first question we need to ask ourselves is: "Is it at least a stable way of doing/producing things?" Eric indeed explained the huge difference and gap between private and commercial software engineering (locked sources, teams) and the free and open one. To be more precise: Open Source basically describes a free and readable source, which means that anyone from anywhere, according to the Copyleft (or GNU's laws), can access, read and correct the source

Quelle: http://www.flickr.com/photos/davidrickson/718933691/

(code) of any software published on Open Source principle. To cut it short, it is the contrary commercial values of programming which keep their code in order to protect themselves against thieves.

It also has to be added that free doesn't necessary mean free in a monetary way but, as already mentioned, accessible, readable and customizable: source codes such as (statistic software) or Google Chrome web browser (Chromium).

GNU (GNU Is Not Unix) is a community of Open Source programmers (we often refers to it as GNU Project), which established some important rules with the intention of compensating the malfunctioning and disagreement between groups of hackers. The Free Software Foundation (FSF) of Richard Stallman (headmaster of GNU) also interfered with the four major freedom rules, which are presented below: (Notice that the numbering begins with zero since many computer systems use zero-based numbering)

Freedom 0: The freedom to run the program for any purpose.
Freedom 1: The freedom to study how the program works, and change it to make it do what you wish.
Freedom 2: The freedom to redistribute copies so you can help your neighbor.
Freedom 3: The freedom to improve the program, and release your improvements to the public, so that the whole community benefits.

Unfortunately, these statements don't explain yet how such a massive project like Linux could have worked that well without huge coding errors or even sabotage (remembering that the code is available to everyone, also to destructive people). It stands actually, according to Steven Weber, a professor of political science at the University of California, Berkeley, in the specificity of the programming's world and on the principle of free edition. These characteristics are described in section below:

1. Software coding is a restricted domain which just allows fans, formed personal or hackers themselves to understand and really use the tools that it provides. Sabotage is therefore clearly evinced.
2. Each collaborator of a free software's coding decides to get involved because and only because they found themselves interested by the project, they weren't forced to or they had no other incentives concerning the project. The interested people might be the hackers who worked the project from scratch, who decided to create it because it didn't exist and the task it is going to perform will meet a lot of needs.
3. The payment or utility of the programmer is defined in many different ways: the reputation earned following a successful development or an original idea is the first source of utility for the hacker.
4. The user in the Open Source model is also one of the major concern, because they are not a simple spectator anymore but also a kind of beta-tester (programmers who test and analyze the software in order to find irregularities), due to their demanding they will scrutinize the software and will use it in every way.
5. Publish new release and patches (correctors, interpreted as update), as many as possible and as soon as possible. In order to avoid a certain design or functional obsolescence.

However, the free managing model is not shielded from failures if there isn't a minimum settled hierarchy. Indeed, we cannot avoid the numerous disagreements between different branches and university on the way of coding, publishing or even name some programs. For instance, the famous incongruity between the GNU fans (beside Richard Stallman) and Linux programmers, who suggested that Linux should be renamed GNU-Linux because of belonging to the GNU philosophical project .

Fred Brooks already introduced some managerial laws/rules in order to get a perfect organization leading to successful software engineering. Thus, he maintained the implementation of chiefs and second-in-command guys in a way to avoid plausible collapses of important projects (as he experienced the failure of the IBM OS). Concerning its performance and logistic, Steve Ballmer, current CEO of Microsoft, argued that Linux and its hackers belong to communism and are condemned to fail, due to their lack of coordination.

Without systematically defending the free software point of view, questions about Ballmer and whether he is justified or not, or about the fact that Open Source coding couldn't belong to neo-classical theory of producing arouse. Would this then lead to a perfect system in a perfect world in equilibrium, of nice hackers and users working hand in hand?

Aurélien Fichet de Clairfontaine
studiert VWL im Master an der WU

Literature

The Cathedral & The Bazaar, Eric S. Raymond (O Reilly, 2001)
The Success of Open Source, Steven Weber (Harvard University Press, 2004)
The Mythical Man-Month, Frederick Brooks (Addison Wesley, 1995)
http://www.google.com/intl/de_ALL/chromebook/# [Zugriff: 24. Juli 2011]
http://www.gnu.org/philosophy/free-sw.html [Zugriff: 24. Juli 2011]
http://www.gnu.org/gnu/why-gnu-linux.html [Zugriff: 24. Juli 2011]
http://www.theregister.co.uk/2000/07/31/ms_ballmer_linux_is_communism/ [Zugriff: 24. Juli 2011]

The Spirit Level – Why Equality is Better for Everyone*

*Gleichheit ist Glück – Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind
Richard Wilkinson and Kate Pickett / Penguin Books / New York / published with revisions 2010 / 330 S.

Richard Wilkinson und Kate Pickett haben mit ihrem Buch „The Spirit Level – Why Equality is Better for Everyone" die Diskussionen über den (Un)Sinn von Ungleichheit entfacht. In ihrem Buch analysieren sie den Zusammenhang zwischen Ungleichheit und sozialen und gesundheitlichen Problemen in entwickelten Ländern. Ihr Ergebnis lautet: Ungleiche Gesellschaften schneiden schlechter ab, egal ob es um Kriminalität, Fettleibigkeit, Teenager-Schwangerschaften oder Schulergebnisse geht. von **Susanna Ulinski**

Ungleichheit und die Verteilung von Einkommen und Ressourcen sind von jeher faszinierende Themen für alle SozialwissenschaftlerInnen. Mit ihrem populärwissenschaftlich verfassten Buch „ The Spirit Level. Why equality is better for everyone" stellen Richard Wilkinson und Kate Pickett diese Diskussion auf eine breite Basis. Ihre Hypothese lautet: Ungleichheit ist für alle schlecht, für die Reichen genauso wie für die Armen.

Die britischen EpidemiologInnen sind auf ihrem Gebiet anerkannte WissenschaftlerInnen. Richard Wilkinson ist Professor Emeritus an der University of Nottingham und Kate Pickett Professorin an der University of York. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die sozialen Determinanten von Gesundheit und soziale Ungleichheit.

Wilkinson und Pickett analysieren, ob die Höhe der Ungleichheit in einem Land soziale Beziehungen, psychische Gesundheit und Medikamentenmissbrauch, physische Gesundheit und Lebenserwartung, Übergewicht, Bildungsniveau, Teenager-Schwangerschaften, Gewalt, Gefängnisaufenthalte und soziale Mobilität beeinflusst. Als Maß der Ungleichheit verwenden sie die Streuung des verfügbaren Einkommens. Die Grundlage für die Analysen bilden Daten aus angesehenen Quellen wie dem United Nations Development Report, der WHO, dem US Census Bureau etc. Als Länder werden die 50 reichsten verwendet, abzüglich aller Länder mit weniger als drei Millionen EinwohnerInnen. In den reichsten Ländern bringt laut Wilkinson und Pickett die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts im Gegensatz zur Reduzierung von Ungleichheit keinen zusätzlichen Nutzen mehr für die Bevölkerung. In ärmeren Ländern, die sich z.B. keine ausreichende medizinische Versorgung der Bevölkerung leisten können, ist das noch der Fall. Im Laufe des Buches korrelieren Wilkinson und Pickett die Höhe der Ungleichheit mit dem Ausmaß der angeführten sozialen und gesundheitlichen Probleme. Die Ergebnisse sind beachtlich: Bei allen angeführten Faktoren schneiden Länder mit geringen Einkommensunterschieden wesentlich besser ab als Länder mit großen Einkommensunterschieden. Abbildung 1 zeigt den Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und einem Index von gesundheitlichen und sozialen Problemen.

Health and Social Problems are Worse in More Unequal Countries
Quelle: Wilkinson & Pickett. The Spirit Level (2009)

Wilkinson und Pickett erklären die vielfältigen Auswirkungen von Ungleichheit mit der Psyche des Menschen. In den letzten Jahrzehnten sind die Sorgen und Ängste der Menschen stark gestiegen. Wir sind nicht mehr wie früher in ein soziales Umfeld eingebettet, in dem wir unser ganzes Leben mit den gleichen Personen verbracht haben und auch

The Equality Trust

Bill Kerry, Richard Wilkinson und Kate Pickett gründeten 2009 gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Buches den Equality Trust. Das Ziel der Organisation ist es, eine Reduzierung der Einkommensungleichheit zu erreichen. Dafür fördert der Equality Trust ein breites Verstehen der durch Ungleichheit verursachten Nachteile und unterstützt öffentlich Policy-Maßnahmen und politisches Engagement zur Reduzierung von Einkommensungleichheit. Des Weiteren antworten Richard Wilkinson und Kate Pickett auf der Homepage auf Kritiken. Informationen unter: http://www.equalitytrust.org.uk

Health & Social Problems in 2031

Die Erkenntnis, dass Ungleichheit soziale und gesundheitliche Probleme verstärkt, ist „schön und gut", solange keine politischen Maßnahmen gegen Ungleichheit getroffen werden. Wie wird sich die Situation im Jahr 2031 entwickelt haben? **Bill Kerry, Co-Direktor des Equality Trusts,** stellt uns seine Einschätzung zur Verfügung:

"*By 2031 the developed world will know and accept that most health and social problems are largely related to the quality of social relations that prevail in society. It will also be known that the level of inequality between rich and poor is the key determinant in influencing those social relations, not overall wealth. Crude measures of economic growth such as GDP will have been replaced by more meaningful and rounded measures of wellbeing and sustainability. Governments and peoples will have realised that the ability to live well and to do so within environmental limits is the true mark of an advanced and prospering society, one that is fit to pass on to future generations.*

In the developing world, plans for economic growth will routinely factor in measures to ensure more equitable and sustainable outcomes as they seek to avoid repeating the mistakes of the developed world. In this they will be assisted by the developed world which, as it becomes more equal, will increasingly exhibit a constructive, supportive and collaborative approach to the challenges facing developing countries. By 2031, globally, we will have the knowledge and the mechanisms to ensure that the rest of this century and beyond is characterised far more by peace and human flourishing and far less by conflict and human suffering."

als Erwachsene nahe unserer Eltern und Geschwister gelebt haben. Stattdessen wechseln wir oft den Wohnort und unsere Bezugspersonen. Das führt dazu, dass wir Personen nach ihrem sozialen Status beurteilen. Die soziale Position wird zu einem Teil der persönlichen Identität. Schlussendlich ist der größere soziale Druck in ungleichen Gesellschaften für die angeführten sozialen und gesundheitlichen Probleme verantwortlich.

Die Argumentationslinien von Wilkinson und Pickett in „The Spirit Level" sind gut verständlich und nachvollziehbar. So hat das Buch breite und positive Aufmerksamkeit in den Medien und in der Politik erhalten. Mit der breiten Debatte über die Auswirkungen von Ungleichheit wurden aber immer mehr kritische Stimmen laut. KritikerInnen bemängeln eine subjektive Auswahl der Daten und teilweise fehlerhafte Analysen. Bekannte Kritiken stammen von Peter Saunders, der für den konservativen Think Tank Policy Exchange einen Report veröffentlicht hat und von Christopher Snowdon, welcher mit einem eigenen Buch „The Spirit Level Delusion: Fact-checking the Left's New Theory of Everything" geantwortet hat. Saunders und Snowdon werfen den AutorInnen „Rosinenpickerei" bei der Auswahl der Daten vor. Demnach sind einige Regressionen nicht mehr signifikant, wenn man auch die Länder Tschechien, Slowenien, Hongkong und Südkorea inkludiert. Außerdem verzerren die Ausreißer Japan und USA die Analysen. Wenn Japan und die USA ausgeschlossen werden, besteht bei vielen sozialen und gesundheitlichen Problemen kein Zusammenhang mit Ungleichheit. Des Weiteren können die Ergebnisse mit neuen Daten aus dem Jahr 2009 nicht reproduziert werden. Das sind nur einige der vielen Kritikpunkte, die umgekehrt wieder von Wilkinson und Pickett gekontert werden. In der wissenschaftlichen Literatur besteht auch keine Einigkeit über einen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und den untersuchten Faktoren, welcher von Wilkinson und Pickett als bewiesen präsentiert wird.

„The Spirit Level" ist differenziert zu betrachten. Einerseits hat die steigende Ungleichheit viele negative Auswirkungen. Beim Lesen des Buches wird man sofort davon mitgerissen, scheinbar die Wurzel allen Übels identifiziert zu haben. Andererseits gibt es die Kritik, dass die angewandten Methoden mangelhaft seien. Auf jeden Fall ist „The Spirit Level" ein empfehlenswertes Buch, das zum Nachdenken und zur weiteren Beschäftigung mit diesem wichtigen Thema anregt – und uns so einer gleicheren Gesellschaft ein Stück näher bringen kann.

Susanna Ulinski
studiert VWL an der WU

Literatur

Wilkinson, R., Pickett, K. (2010): The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone. Penguin Books.

Kerry, B. (2011): Health & Social Problems in 2031. The Equality Trust. Schriftliche Auskunft am 18. Mai 2011.

Weitere Literatur:

Saunders, P. (2010): Beware False Prophets. Equality, the Good Society and The Spirit Level. Policy Exchange.

Snowdon, C. (2010): The Spirit Level Delusion: Fact-checking the Left's New Theory of Everything.

Pickett, K. et al (2011): RSA Debates The Spirit Level. Abgerufen am 20. Mai unter http://www.youtube.com/watch?v=SqiKULsBzHU

Der (UN)sinn von Prognosen

Trends sind keine Gesetze und Wahrscheinlichkeiten sind nicht trivial.
Warum das Ignorieren dieser Erkenntnis verheerende Auswirkungen haben kann.
Ein Kommentar von **Philipp Lentner**

Wirtschaftsprognosen stützen sich auf Daten aus der Vergangenheit. Eine Prognose aus solchen Daten wäre nur dann sinnvoll, wenn sich die Zukunft analog zur Vergangenheit entwickeln würde. Doch hier treffen wir auf ein Problem: Selbst nach aufmerksamer Beobachtung der Entwicklung einer Raupe, werden wir nicht in der Lage sein, ihre Entwicklung zum Schmetterling vorherzusagen (vgl. Popper, 1936). Erst wenn wir eine sehr große Menge an Raupen beobachten und erkennen, dass sie sich fast ausnahmslos zu Schmetterlingen weiterentwickeln, können wir eine Prognose wagen.

In den Wirtschaftswissenschaften gibt es jedoch nicht die Möglichkeit „eine sehr große Menge an Raupen" zu beobachten. Wir müssen mit den Daten, die wir zur Verfügung haben, auskommen. Mithilfe der Statistik lassen sich Trends daraus berechnen, welche zur Prognose herangezogen werden. „Aber Trends sind keine Gesetze." (Popper, 1957). Nassim Nichols Taleb hat das Problem der Verwechslung von Trends mit Gesetzen in seinem Buch aufgezeigt. Ein Trend mag über Jahre hinweg vorhanden sein, jedoch reicht ein einziges Ereignis aus, um jegliches Wissen, das auf diesem Trend beruht, zu widerlegen. Als Beispiel nennt er das „Truthahn-Problem". 1000 Tage lang wird der Truthahn auf einer Farm gemästet. Der Truthahn scheint sich sicher, dass er das auch am 1001. Tag wird. Jedoch wird er an diesem Tag geschlachtet (vgl. Taleb, 2007).

Der Preisanstieg der Immobilien in den USA ist ein etwas aktuelleres Beispiel. Bevor die Finanzkrise 2007 ihren Lauf nahm, wurden zu viele Kredite vergeben, da der Leitzinssatz sehr niedrig war und eine optimistische Stimmung herrschte. Dadurch stieg die Nachfrage nach Anlagevermögen wie Immobilien, weshalb deren Preise stiegen. Banken waren gewillt, weitere Kredite gegen diese Immobilien zu vergeben, da deren Preise fast monoton stiegen und dadurch das Risiko eines Kreditausfalls als sehr gering eingestuft wurde. Durch die neuen Kredite stiegen die Nachfrage und damit die Preise noch mehr und so weiter. Dieser trendhafte Anstieg der Preise hat uns aber keine sinnvolle Prognose der Zukunft ermöglicht, wie wir schlussendlich leidlich erfahren mussten.

Ein weiteres, für Prognosen folgenschweres Problem: Wir neigen beim Beurteilen von Wahrscheinlichkeiten zu logischen Fehlschlüssen. In einem Kasino beim Roulette wird fünf Mal hintereinander rot gespielt. Beim sechsten Mal ist die relative Häufigkeit (Anzahl für rot beziehungsweise schwarz durch die Gesamtanzahl der Würfe) von rot 0,83. Insofern die Roulettekugel immer wieder geworfen wird, nähert sich nach dem Gesetz der großen Zahl die relative Häufigkeit dem Erwartungswert an, der hier 0,5 ist. Heißt das, dass die nächsten Male wahrscheinlicher schwarz gespielt wird? Oder anders ausgedrückt: Es wurde schon fünf Mal rot gespielt. Also sollte die Wahrscheinlichkeit, dass jetzt schwarz kommt, doch höher als die von rot sein? Ist sie aber nicht. Die Wahrscheinlichkeit beträgt immer noch 0,5. Nichtsdestotrotz würden viele SpielerInnen eher auf schwarz setzen.

Die Mikrobe namens EHEC hat bis zur Fertigstellung dieses Artikels ungefähr 6 Todesopfer in Deutschland gefordert (vgl. Die Zeit, 2011). Obwohl die Wahrscheinlichkeit, dass man daran erkrankt, verschwindend gering ist, ist die Unsicherheit unter den Menschen dennoch groß. Diese Falle hat unter anderem zur Finanzkrise geführt. Die Renditen waren hoch, Euphorie und Optimismus haben die Wahrscheinlichkeit, dass ein „Bust" kommt, als nicht existent erscheinen lassen. Dadurch ist es zu Fehlprognosen, beziehungsweise einem Fehleinschätzen der Zukunft gekommen und Warnungen wurden nicht mehr ernst genommen.

Das Truthahnbeispiel zeigt, dass der nur auf vergangene Daten fokussierte Blickwinkel für aussagekräftige Prognosen zu eng ist. Dadurch werden leicht wichtige Tatsachen übersehen. Beispielsweise, dass der Truthahn nur für Weihnachten oder Thanks Giving gezüchtet wurde. Oder dass der Preis einer Immobilie nicht auf unbegrenzte Zeit einem Trend folgen wird.

Die Ökonometrie beziehungsweise die Statistik stellt uns mächtige Instrumentarien zur Verfügung, die uns erlauben, Daten der Vergangenheit zu analysieren, um ein bisschen mehr von der Welt zu verstehen. Doch mit dieser Macht geht auch die Verantwortung einher, über die Konsequenzen von Fehlinterpretation von Trends, Korrelationen und Wahrscheinlichkeiten Bescheid zu wissen und nicht mit einem Brett vor dem Kopf Daten zu analysieren und naiv Prognosen erstellen.

Philipp Lentner studiert VWL an der WU

Literatur

Die Zeit: „Jetzt sechs EHEC-Tote", http://www.zeit.de/news-052011/27/iptc-hfk-20110527-120-30613108xml (27.5.2011).

Popper, Karl(1936): „Der Historizismus", Text im „Lesebuch: Ausgewählte Texte zur Erkenntnistheorie, Philosophie der Naturwissenschaften, Metaphysik, Sozialphilosophie", Uni-Taschenbücher 1997.

Popper, Karl(1957): „Das Elend des Historizismus", Mohr 1987.

Taleb, Nassim Nicholas(2007): „Der schwarze Schwan: Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse." Hanser Wirtschaft 2008.

Wer unterrichtet dich?

Ruth Simsa

Ruth Simsa ist Professorin am Institut für Soziologie und Empirische Sozialforschung und Leiterin des Instituts für interdisziplinäre Nonprofit-Forschung der Wirtschaftsuniversität Wien.
Das Interview führten **Christoph Steininger** und **Nadine Zehetbauer**

Was haben Sie studiert und wo? Was waren Ihre weiteren Stationen?

Ich habe mit Betriebswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien begonnen, bin dann aber umgestiegen auf Volkswirtschaftslehre. Nachdem ich Magistra geworden bin, habe ich ein Kind bekommen. Ein dreiviertel Jahr später habe ich als Scholarin am IHS ein zweijähriges post-graduate Studium der Soziologie begonnen. Danach war ich Assistentin am Soziologie-Institut. Zeitgleich habe ich eine Ausbildung in Gruppendynamik und Organisationsberatung begonnen und seitdem auch immer in diesem Bereich gearbeitet. Ich war sechseinhalb Jahre von der Universität freigestellt und selbstständig als Beraterin tätig. Seit 2002 bin ich wieder an der WU und leite das „Kompetenzzentrum für Non-Profit Organisationen" an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Was waren ihre Forschungsschwerpunkte?

Meine Diplomarbeit handelte vom Basiseinkommen. Später vertiefte ich mich in Arbeitsmarktsoziologie und beschäftigte mich mit Arbeitszeit, beispielsweise Teilzeitarbeit und Frauen. Meine Dissertation schrieb ich über Zeit und Hierarchie in Organisation und Gesellschaft. Mein Zugang hierzu war, man kann eine Organisation auch verstehen, wenn man sich ansieht wofür die Organisation mit ihren Menschen Zeit aufwendet. Über die Beratung vertiefte ich mich immer mehr in Organisation und Gruppendynamik. Organisationen und Gruppen haben ein sehr ambivalentes Verhältnis zueinander. In späterer Folge ist die Systemtheorie für mich sehr relevant geworden und aus weiterer Entwicklung, unter anderem durch Beratungstätigkeit bei Amnesty International, Nonprofit-Organisationen. In meiner Habilitation habe ich dann Systemtheorie und NPOs kombiniert.

Wie sehen Sie die Gleichstellung der Frau in 15 Jahren?

Ich sehe das nicht sehr optimistisch. Es meinen zwar viele Zukunftsforscher, nebst den Älteren sind die Frauen die Talentreserven der Zukunft. Ansätze in punkto Gleichbehandlung gibt es schon sehr lange. Es wird sich vielleicht graduell bessern aber nicht fundamental.

Was sind die Besonderheiten und Herausforderungen in der Führung von NPOs?

Eine höhere Widersprüchlichkeit als im Profitbereich. Zum Beispiel muss man sich natürlich nach Kennzahlen und Geld richten aber das darf nicht alles sein. Man muss sich viel mehr an den Interessen der StakeholderInnen orientieren.

Was kann die Soziologie zur Klärung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise beitragen?

Der Kontext von Wirtschaftsdogmen und Ideologien, wie diese entstehen, sich durchsetzen und halten und welche Auswirkungen diese haben. Werte ändern sich langsam und unbemerkt. Dass sich die neoliberale Ideologie dermaßen in unserer Gesellschaft verankern und durchsetzen konnte, ist schon ein gesellschaftlich interessantes Phänomen.

Acht Fragen an Ruth Simsa

Wie kommen Sie täglich zur WU?

Mit der U-Bahn oder mit dem Fahrrad

Wer ist IhrE LieblingswissenschaftlerIn?

Simone de Beauvoir

Was war Ihr Berufswunsch vor Studienbeginn?

Journalistin oder Schriftstellerin

Was würden Sie heute studieren und wo?

Ich muss sagen, ich würde das gleiche wieder studieren, sei es ausgehend von der Soziologie, Ökonomie oder Gruppendynamik.

Was ist Ihr Lieblingsbuch?

Das wechselt

Was machen Sie in Ihrer Freizeit am liebsten?

Sport und Yoga

Wen wollten Sie schon immer mal kennen lernen?

Gregory Bateson

Ausgewählte Publikationen

Monographien

Schülein, Johann August, Mikl-Horke, Gertraude, Simsa, Ruth. 2009. Soziologie für das Wirtschaftsstudium. Stuttgart: UTB.

Mikl-Horke, G./Schülein, J.A./Simsa, R.: Soziologie für Wirtschaftswissenschaften, Wien 2003, Fakultas

Simsa, R.: Gesellschaftliche Funktionen und Einflußformen von Nonprofit-Organisationen, Eine systemtheoretische Analyse.

Peter Lang Verlag: Frankfurt/Main, Berlin, Bern, Brüssel, New York, Wien, 2001

Simsa, R.: Wem gehört die Zeit? Hierarchie und Zeit in Gesellschaft und Organisationen. Campus 1996

Herausgeberinnenschaften

Simsa, R.: Management der Nonprofit Organisation. Gesellschaftliche Herausforderungen und organisationale Antworten. Stuttgart: Verlag Schäffer und Poeschel 2001

Simsa, R. (Hg.): Kein Herr im Haus. Alleinerziehen – eine Auseinandersetzung. Frankfurt/Main 1994

Grisold, A./Krajasits, C./Simsa, R. /Volst, A./Wiederschwinger, M.: Ökonomische Aspekte der Frauendiskriminierung. Wien 1985

Veranstaltungskalender

Oktober

Demography, Education and Democracy
Symposium des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital
Datum: 29. September, 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr, Parlament

Nachhaltigkeit – Schlagwort oder zukunftsfähiges Konzept?
Selbstorganisierte LV (SoLV) von Wiener VWL-Studis
Ab Donnerstag 6. Oktober 2011, wöchentlich 16:15 – 17:45 Elise Richter Saal
Nähere Infos: http://www.univie.ac.at/strv-vwl/selbstorganisierte-lehrveranstaltung/

Equal Pay Day
Datum: 4. Oktober

Eröffnung der VW-Ecke mit anschließendem VW-Heurigen
Datum: 19. Oktober, 16:00, VW-Ecke (ggü SR 5.48 D) bzw. Brandauer's Bierbögen

Master-Heuriger für alle Master-Studierenden
Datum: 20. Oktober, 18:00, Ort wird noch bekanntgegeben

Standpunkte-Redaktionssitzung
Datum: 24. Oktober, 18:00

WU-Lecture: „Staatsverschuldung und Staatsinsolvenz", Teil 1: Historische Beispiele
Datum: 25. Oktober. 15:00, Festsaal; mit Ewald Nowotny und Michael Tojner (GEP)

November

Master StV-Projektmeeting für alle Master-Studierenden
Datum: 27.Oktober, 17:00

Plenum der Volkswirtschaftsstudierenden WU
Datum: 2. November, 18:00, Ort: SR 5.48 (D)

Buchvorstellung „Zahlen bitte"
von Markus Marterbauer
Datum: 2. November, 18:00 am Institut für Politikwissenschaft/Universität Wien

Diskussion zu „Staatsbankrott"
mit Kunibert Raffer und Helene Schuberth in der ÖFSE
Datum: 10. November, 19:00 Uhr, Ort: Sensengasse 3, 1090 Wien

WU-Lecture: „Staatsverschuldung und Staatsinsolvenz", Teil 2: Kapitalmarktaspekte
Datum: 18.November . 14:00

2. Oeconomania der Wirtschaftspolitischen Akademie
Thema: Macht & Wandel
Datum: 29.-30. November 2011 an der WU